Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19-FondsG

des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das erste Halbjahr 2026 (Jänner bis Juni 2026, inkl. Darstellung der Gesamtkosten von 2020 bis Juni 2026)

Wien, im August 2026

Inhalt

COVID-19-FondsG-Berichterstattung 3

1 UG 20 – Arbeit 4

2 UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz 8

2.1 Übersicht zu Maßnahmen im Kontext Armut und Freiwilligenwesen 8

2.2 Übersicht zu Maßnahmen im Bereich Langzeitpflege 10

2.3 Härtefallfonds 13

2.4 Tabellarische Darstellung der Zahlungen der UG 21 pro DB 15

3 UG 24 – Gesundheit 28

3.1 Testen 28

3.2 Impfen 32

3.3 Impfkampagne 32

3.4 Covid-19-Arzneimittel 42

3.5 Abwassermonitoring 46

3.6 Verdienstentgang gemäß Epidemiegesetz 49

3.7 Schutzausrüstung 50

3.8 Tabellarische Darstellung der Zahlungen aus der UG 24 51

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: Jänner bis Juni 2026 inkl. Darstellung Gesamtkosten seit 2020

Mit dem vorliegenden Bericht wird eine gesamthafte Darstellung der budgetären Ausgaben aus dem Covid-19-Fonds im Vollzugsbereich des BMASGPK seit Beginn der Pandemie vorgelegt.

In Ergänzung zur bewährten Darstellung der Aufwendungen im Monat Juni 2026 werden auch die in den einzelnen Detailbudgets erfolgten Zahlungen an die Länder bzw. SV-Träger dargestellt, damit ein **gesamthafter Überblick seit Pandemiebeginn** vorliegt.

In Fortsetzung der Gesamberichterstattung bis 30.06.2026 wird dem Bericht auch wieder eine inhaltliche Darstellung zu vorläufigen Ergebnissen bzw. Besonderheiten der jeweiligen Maßnahmengruppen zu den in der jeweiligen Untergliederung erfolgten Zahlungen vorangestellt.

Im gesamten Verlauf der Pandemie wurden aus den Mittel des BMASGPK von 2020 bis Juni 2026 insgesamt folgende Beträge ausbezahlt:

UG 20 Arbeit	108.912.149,70 €
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	213.856.382,94 €
UG 24 Gesundheit	11.334.165.594,58 €
Gesamt	**11.656.934.127,22 €**

Die Details dazu sind in den folgenden Seiten zu entnehmen.

1 UG 20 – Arbeit

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Sonderbetreuungszeit (DB 20.02.01.00)</td></tr>
<tr><td>Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>15 Mio. € für 2020 und 9,9 Mio. € für 2021, davon 1 Mio. € zur Bedeckung der Abwicklungskosten durch die BHAG. Für 2022 wurden 16,4 Mio. € (2,3 Mio. € davon für Abwicklungskosten durch die BHAG) zur Verfügung gestellt. Für 2023 wurden rd. 9 Mio. € (inkl. Abwicklungskosten durch die BHAG) vorgesehen.</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Seit 16.3.2020 bestand die Möglichkeit einer Freistellung von der Arbeit in Form einer Sonderbetreuungszeit (SBZ) unter Fortzahlung des Entgelts nach Maßgabe des § 18b Abs. 1 Arbeitvertragsrechts-Anpassungsgesetzes (AVRAG).
Durch die SBZ wurde es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Kinder bis zum 14. Lebensjahr oder Menschen mit Behinderung betreuen, möglich gemacht, der Betreuung bei laufedem Arbeitsverhältnis nachzugehen, wenn die Schule/die Kinderetreuungseinrichtung oder die Betreuungseinrichtung wegen COVID-19 (zur Gänze oder zum Teil) behördlich gesperrt war oder der Besuch der Einrichtung aufgrund einer Verkehrsbeschränkung nach dem Epidemiegesetz nicht möglich war. Bis zum Ende der SBZ Phase 6 kam die SBZ weiters in Betracht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Angehörige eines Menschen mit Behinderung mit persönlicher Assistenz oder einer pflegebedürftigen Person sind, wenn deren Betreuung durch den Ausfall der persönlichen Assistenz oder der Betreuungskraft in Folge von COVID-19 nicht mehr sichergestellt war.
Seit März 2020 gab es 8 Phasen der SBZ. Der Arbeitgeber hatte für das während der SBZ fortgezahlte Entgelt einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Bund; dessen Höhe variierte je nach Phase der SBZ. Der Erstattungsanspruch war mit der monatlichen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage gedeckelt. Der Erstattungsanspruch war bei der Buchhaltungsagentur des Bundes geltend zu machen.

<table>
<tr><th>Phase</th><th>Zeitraum</th><th>Dauer SBZ</th><th>Höhe der Rückerstattung des forgezahlten Entgelts</th></tr>
<tr><td>Phase 1</td><td>16.3.2020-31.5.2020</td><td>bis zu 3 Wochen</td><td>33%</td></tr>
<tr><td>Phase 2</td><td>25.7.2020-30.9.2020</td><td>bis zu 3 Wochen</td><td>33%</td></tr>
<tr><td>Phase 3</td><td>1.10.2020-31.10.2020</td><td>bis zu 3 Wochen</td><td>50%</td></tr>
<tr><td>Phase 4</td><td>1.11.2020-9.7.2021</td><td>bis zu 4 Wochen</td><td>100%</td></tr>
<tr><td>Phase 5</td><td>1.9.2021-31.12.2021</td><td>bis zu 3 Wochen</td><td>100%</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Phase 6	1.1.2022-8.7.2022	bis zu 3 Wochen	100%
Phase 7	5.9.2022-31.12.2022	bis zu 3 Wochen	100%
Phase 8	1.1.2023-7.7.2023	bis zu 3 Wochen	100%

Materielle Auswirkungen

Durch die SBZ und der Fortzahlung des Entgelts wurde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Betreuung naher Angehöriger, gegenüber denen Betreuungspflichten bestanden, im aufrechten Arbeitsverhältnis ohne finanzielle Verluste ermöglicht.

Finanzielle Auswirkungen

Phase bzw. Zeitraum	eingel. Anträge	ausbez. Anträge	abgel. Anträge	offene Anträge	*Ausz. An Fördernehmer in €
Phase 1 ABGESCHLOSSEN	4363	4193	170	0	8.943.021,14
Phase 2 ABGESCHLOSSEN	102	76	26	0	41.512,14
Phase 3 ABGESCHLOSSEN	405	145	260	0	47.210,86
Phase 4 ABGESCHLOSSEN	6936	6712	224	0	7.829.663,85
Phase 5 ABGESCHLOSSEN	8284	7748	536	0	6.618.750,18
Phase 6 ABGESCHLOSSEN	17927	16372	1555	0	13.864.360,63
Phase 7 ABGESCHLOSSEN	522	455	67	0	197.963,41
Phase 8 ABGESCHLOSSEN	207	181	26	0	86.210,33

Für Abwicklungskosten durch die BHAG wurden seit Pandemiebeginn 4.107.559,02 € aufgewendet. Hiervon entfallen 999.301,52 € auf das Jahr 2021, 3.286.113,21 € auf das Jahr 2022 und -177.855,71 € auf das Jahr 2023

*freiwillige Rückzahlungen durch betroffene Unternehmen verursachen in den abgeschlossenen Phasen teilweise geänderte Auszahlungsbeträge

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Sonderfreistellung Schwangere (DB 20.02.01.00)</td></tr>
<tr><td>Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Aufwandersatz an Krankenversicherungsträger (ÖGK und BVAEB):
30 Mio. € für 2021 und 16,5 Mio. € für 2022. Im Jahr 2023 wurden rd. 21 Mio. € für die finalen Kostenerstattungen an ÖGK und BVAEB vorgesehen.</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Von 1. Jänner 2020 bis 30. Juni 2022 hatten schwangere Arbeitnehmerinnen und freie Dienstnehmerinnen, die Arbeiten mit Körperkontakt verrichten, ab Beginn der 14. Schwangerschaftswoche Anspruch auf Freistellung. Danach galt dies nur mehr für Frauen weiter, die bereits am 1.7.2022 schwanger waren. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber hatten das Entgelt fortzuzahlen und hatten Anspruch auf Ersatz des fortgezahlten Entgelts bis zur Höchstbeitragsgrundlage gegenüber dem Krankenversicherungsträger. Die Maßnahme ist nunmehr abgelaufen.
Der Bund hatte den Krankenversicherungsträgern die daraus resultierenden Aufwendungen zu ersetzen.
Anspruchsvoraussetzungen:
• Arbeit mit Körperkontakt
• Änderung der Arbeitsbedingungen nicht möglich
• Arbeitsplatzwechsel nicht möglich
• Zusätzlich ab 1.7.2021 bis 17.3.2022: Kein vollständiger Impfschutz</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Durch die Freistellung und der Fortzahlung des Entgelts wurden schwangere Arbeitnehmerinnen vor Ansteckung mit COVID-19 ohne finanzielle Verluste geschützt.
Der Ersatzanspruch gegenüber den Krankenversicherungsträger, den letztlich der Bund trug, entlastete die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>
<table>
<tr><th>Erstattungsmonate durch Krankenversicherungsträger</th><th>Refundierung an ÖGK und BVAEB anhand Abrechnungen in €</th></tr>
<tr><td>Bis Statistik Juni 2021</td><td>8.721.280,12</td></tr>
<tr><td>Statistik Juli 2021 bis Oktober 2021</td><td>15.935.644,60</td></tr>
<tr><td>Statistik November 2021 bis Juni 2022</td><td>16.501.118,24</td></tr>
<tr><td>Statistik Juli 2022 bis Mai 2023</td><td>17.003.355,17</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Einmalzahlungen für Arbeitslose in Verbindung mit Krankengeldbezug (DB 20.01.01.02)</td></tr>
<tr><td>Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Erstattung der Auszahlungen gemäß § 41 Abs. 5 sowie Abs. 6 AlVG durch den COVID-19 Krisenbewältigungsfonds. Insgesamt in Höhe von rund 9,0 Mio. €.</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß § 41 (5) AlVG haben Personen, die in den Monaten September bis November 2020 im Anschluss an Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe Krankengeld bezogen und aufgrund eines längeren Krankenstandes nicht die volle Einmalzahlung gem. § 66 AlVG erhalten haben, für Jänner 2021 eine Einmalzahlung der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) erhalten.

Gemäß § 41 (6) AlVG 1977 (BGBl. I Nr. 216/2021) erhalten Personen, die in den Monaten November bis Dezember 2021 im Anschluss an Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe Krankengeld gemäß § 41 für mindestens 32 Tage bezogen haben, zur Abdeckung des Sonderbedarfs aufgrund der COVID-19-Krise eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro.

Abwicklung: Die ÖGK hat die Einmalzahlungen an die bezugsberechtigten Personen überwiesen. Dieser Aufwand wurde der ÖGK in Summe durch die Gebarung Arbeitmarktpolitik, UG 20, finanziell ersetzt. Seitens des COVID-19 Krisenbewältigungsfonds wurde dieser Aufwandsbetrag an die UG 20 erstattet.</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Die Einmalzahlungen waren Teil der Corona-Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung von Arbeitssuchenden, die aufgrund eines längeren Krankenstandes nicht die (volle) Einmalzahlung zur Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung erhielten. Dadurch wurden bei den bezugsberechtigten Personen die durch die Pandemie entstandenen finanziellen Belastungen abgefedert.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>2021 § 41 (5) AlVG</td><td>5.505.150,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>2022 § 41 (6) AlVG</td><td>3.509.350,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">9.014.500,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

2 UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

Im Berichtszeitraum Jänner bis Juni 2026 wurden in der Untergliederung 21 keine Auszahlungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds getätigt.

Im Jahr 2025 erfolgten **Rückzahlungen** im Förderbereich in der Höhe von 10.755.352,13 € (davon 10.531.353,86 € für Zweckzuschüsse gem. § 2 Abs. 2b Pflegefondgesetz). Die Details können den einzelnen Teilbereichen entnommen werden.

Die im Jahr 2023 dem BMSGPK rücküberwiesenen Mittel wurden im Ausmaß von 17.571.049,59 € zur Bedeckung von Mehrerfordernissen in der UG 24 herangezogen.

Die überwiegenden budgetären Aufwendungen im Gesamtverlauf der Pandemie wurden für Maßnahmen im Bereich der Bekämpfung der Armutsfolgen sowie zur Flankierung von Bedarfen im Bereich der Langzeitpflege getätigt. Die auf Grundlage der einzelnen gesetzlichen Grundlagen getätigten Zahlungen sind in den bekannten Übersichten dargestellt.

2.1 Übersicht zu Maßnahmen im Kontext Armut und Freiwilligenwesen

Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 waren unmittelbare Auswirkungen für die besonders gefährdeten Gruppen nicht auszuschließen. Durch die Maßnahmen im COVID Gesetz Armut und die Maßnahmen zum Familienhärteausgleich wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Tragweite seinerzeitig nicht vollständig abschätzbar war.

Im **Jahr 2020** erfolgten Einmalzahlungen basierend auf der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich mit „Soforthilfewirkung“ in Höhe von insgesamt **13 Mio. €** zur Unterstützung von Kindern mindestsicherungsbeziehender Eltern. Damit wurde ein Beitrag des Bundes zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalten geleistet. Die Förderung wurde in Form eines Pauschalbetrags von 50 € pro Kind und Monat für zwei Monate geleistet. Das

entspricht einer Zuwendung von 100 € pro Kind. Durch diese Maßnahme konnten rund 90.000 Kinder unterstützt werden. Die Mittel wurden gemäß Richtlinie auf die Länder nach ihrem jeweiligen Anteil an Kindern in der Mindestsicherung im Jahresdurchschnitt 2018 aufgeteilt, weshalb die Mittel nur zu 63,58 % ausgeschöpft wurden.

Im **Jahr 2021** erfolgten Einmalzahlungen mit „Soforthilfewirkung“ in Höhe von insgesamt **34 Mio**. **€**. Die Aufteilung der Mittel für die Zuwendung erfolgte unter Zugrundelegung der zum damaligen Zeitpunkt aktuellsten verfügbaren Zahlen (Mindestsicherungsstatistik der Bundesländer 2019 für die Auszahlung der 20 Mio. € und die von den Ländern gemeldete Kinderzahl zum 31.12.2021 für die Auszahlung der weiteren 14 Mio. €). Die Gesamtmittel in Höhe von 34 Mio. € wurden somit zu 95,42 % ausgeschöpft.

- Im 1. Halbjahr 2021 wurden damit 20 Mio. € zur Finanzierung von Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten und für Energiekostenzuschüsse an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten bereitgestellt. Es wurden 100 € pro Kind und bis zu 100 € pro Haushalt als Energiekostenzuschuss zur Verfügung gestellt. Durch diese Maßnahme konnten rund 72.200 Kinder und 117.283 Haushalte unterstützt werden.
- Im 2. Halbjahr 2021 wurden die Mittel um weitere 14 Mio. € für weitere Kinderzuwendungen aufgestockt. Damit wurden nochmal bis zu 200 € pro Kind in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten zur Verfügung gestellt. Die Auszahlungen erfolgten über die Länder und werden nicht auf die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung angerechnet. Durch diese neuerliche Maßnahme konnten rund 68.400 Kinder unterstützt werden.

Als weitere Maßnahme wurden **12 Mio**. **€** für Förderungen von Projekten zur Abfederung von „COVID-19 bedingten Krisenfolgen“ für besonders vulnerable Personengruppen aufgewendet.

Weitere **20 Mio. €** wurden für die Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ zur Gewährung von Förderungen für Projekte zur Milderung der sozialen Folgen der COVID-19 Pandemie aufgewendet. 2021 wurden 16 Träger in der Höhe von insgesamt rd. 18 Mio. € gefördert. 2 Mio. € wurden im Jahr 2022 für Restzahlungen von diesen bestehenden Förderungen verwendet.

Die Projektbereiche umfassen

- Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche
- Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Unterstützung von Entschuldungsprogrammen im COVID-19 Kontext
- Bekämpfung von COVID-19 bedingter Energiearmut
- Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit.

Ein weiterer Schwerpunkt war 2021 dem Bereich des Freiwilligenwesens gewidmet, da durch gezielte Förderungen im Anerkennungsfonds zivilgesellschaftliches Engagement gewürdigt werden sollte. Mit dem 10. COVID-19-Gesetz und der einmaligen Aufstockung des Anerkennungsfonds konnten Zuwendungen auch im Zusammenhang mit Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges und außerordentlichen Notständen an 29 anerkannte Träger oder Freiwilligenorganisationen gewährt werden. Die Mittel dienten als Unterstützung infolge covidbedingter Ausgaben zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeiten oder zur Verhinderung der Einstellung ihrer Tätigkeiten mangels finanzieller Mittel. Die vorhandenen Mittel wurden zur Gänze ausgeschöpft.

2.1 Übersicht zu Maßnahmen im Bereich Langzeitpflege

Die Länder haben zum Zwecke einer Übersicht über die verbrauchten Mittel des Zweckzuschusses gemäß § 2 Abs 2b Pflegefondsgesetz (PFG) ihre Ausgaben an den Bund gemeldet. Diese Ausgaben wurden seitens der Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) einer Stichprobenprüfung unterzogen, welche mit 30.11.2024 abgeschlossen wurde.

Insgesamt wurden **150 Mio. €** im Vorhinein zur Verfügung gestellt. Erhoben wurden dabei Aufwendungen für bestimmte Maßnahmen, die zwischen 1. März 2020 bis 30. Juni 2022 getätigt wurden und die auf Basis der „Vereinbarung zwischen dem Bund, vertreten durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie dem Bundesministerium für Finanzen und den Ländern zur operativen Durchführung

betreffend die Zweckzuschüsse gemäß § 2 Abs. 2b des Pflegefondsgesetzes – PFG“, der „Erläuterungen zur Vereinbarung zwischen dem Bund, vertreten durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie dem Bundesministerium für Finanzen“ sowie der „Abrechnungsmodalitäten der Unterstützung der Länder bei der Finanzierung von außerordentlichen Belastungen und der durch den Wegfall von Betreuungsstrukturen notwendigen Maßnahmen in der Langzeitpflege“ abrechenbar sind. Die Ergebnisse sind in der beiliegenden Tabelle 2.2.1 zusammengefasst.

Der Zweckzuschuss weist gemäß finaler Meldung der Länder und mit 30.11.2024 abgeschlossener Stichprobenprüfung durch die BHAG **österreichweit** einen **Ausschöpfungsgrad** von **rund 91,24 %** auf.

Die durch die Länder nicht verbrauchten Mittel in Höhe von rund 13,1 Mio. € wurden seitens Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz rückgefordert.

Tabelle 2.2.1: Aufwendungen für den Zweckzuschuss § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz

Abrechnungskategorien 01.03.2020 - 30.06.2022 (Stand: 30.11.2024)		ÖSTERREICH Ausgaben
Ersatzbetreuungseinrichtungen (auch für pflege- und betreuungsbedürftige Personen, die COVID-19 infiziert und nicht erkrankt sind; inkl. Plätze in bestehenden Pflegeheimen, Reha- und Kureinrichtungen)	**Gesamt**	**8.380.558,69 €**
	Sachaufwand	6.129.001,21 €
	Personalaufwand	2.543.569,65 €
	Investitionen	621.118,98 €
	Einnahmen (=Kostenbeiträge)	913.131,15 €
Clearingstellen wie insbesondere die Ausweitung der telefonischen Beratung (inkl. Personalausbau innerhalb der Landesverwaltung hierfür)	**Gesamt**	**860.760,11 €**
	Sachaufwand	39.166,47 €
	Personalaufwand	821.593,64 €
	Investitionen	
Bonus für 24-Stunden-Betreuungskräfte (Beginn des Turnus vor dem 30.06.2020 und Ende spätestens am 31.07.2020)	**Gesamt**	**15.634.917,50 €**
	Sachaufwand	9.226.417,50 €
	Personalaufwand	0,00 €
Kostenersatz für Testungen von 24-Stunden-Betreuungskräften	**Gesamt**	**3.921.126,65 €**
	Gesamt-Sachaufwand in- und ausländisch	2.154.540,72 €
	Gesamt-Personalaufwand in- und ausländisch	410.549,00 €
	ausländische Testungen	**2.131.516,74 €**
	Sachaufwand ausländisch	1.401.797,33 €
	Personalaufwand ausländisch	0,00 €
	inländische Testungen	**507.854,22 €**
	Sachaufwand inländisch	97.305,22 €
	Personalaufwand inländisch	410.549,00 €
Vorhaltekosten für Ersatzbetreuungseinrichtungen (inkl. Hotels und Beherbergungsbetriebe)	**Gesamt**	**2.766.696,17 €**
	Sachaufwand	2.586.604,03 €
	Personalaufwand	0,00 €
	Investitionen	20.148,31 €
Anschaffung der Rechtsträger für Schutzausrüstungen, Hygieneartikel (wenn iZm Ersatzbetreuungseinrichtungen, ansonsten Verweis auf COVID-19-Zweckzuschussgesetz)	**Gesamt**	**0,00 €**
	Sachaufwand	
	Personalaufwand	
Übernahme von 24-Stunden-Betreuungstätigkeiten durch Hauskrankenpflege	**Gesamt**	**193.905,67 €**
	Sachaufwand	153.978,63 €
	Personalaufwand	39.927,04 €
Personalkosten zur Vermeidung von un- und Unterversorgung im häuslichen Umfeld durch mobile Dienste	**Gesamt**	**2.952.841,93 €**
	Sachaufwand	
	Personalaufwand	2.952.841,93 €
Maßnahmen im Rahmen des Besuchsmanagements (exkl. Kosten für Testkits)	**Gesamt**	**29.263.525,85 €**
	Sachaufwand	2.199.236,59 €
	Personalaufwand	15.482.558,23 €
	Investitionen	540.719,86 €
Kosten für Hilfspersonal, das erforderlich ist, um geschultes Fachkräftepersonal zu entlasten und zu unterstützen, um Pflege- und Betreuungsleistungen qualitätsgesichert aufrecht zu erhalten	**Gesamt**	**16.948.304,90 €**
	Sachaufwand	6.892,07 €
	Personalaufwand	7.529.443,10 €
Kosten von Unterstützungsstrukturen für das Pflege- und Betreuungspersonal (z.B. Coachingmaßnahmen, Supervisionen), um einen Ausfall des Pflege- und Betreuungspersonals hintanzuhalten	**Gesamt**	**3.023.004,78 €**
	Sachaufwand	949.481,26 €
	Personalaufwand	954.392,45 €
Personalkosten, die im Zuge der **Unterstützung des Pflege- und Betreuungspersonals in Alten- und Pflegeheimen** durch mobile Hilfsdienste zur Entlastung des Pflege- und Betreuungspersonals in den Alten- und Pflegeheimen	**Gesamt**	**3.710.002,80 €**
	Sachaufwand	9.308,00 €
	Personalaufwand	3.700.694,80 €
Bonizahlungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal	**Gesamt**	**47.183.385,81 €**
	Bonizahlungen an Betreuungs- und Pflegepersonal	
	Bonizahlungen an Pflegepersonal in Bereichen der Betreuung von Menschen mit Behinderung	
	Bonizahlungen an Reinigungspersonal	
Personal-/Verwaltungsaufwand des Landes für alle Maßnahmen	**Gesamt**	**3.458.258,98 €**
Gesamtaufwand gemäß BHAG	**Gesamt**	**138.297.289,84 €**
Ausbezahlter Zweckzuschuss	**lt. Vereinbarung Stand 06.12.2021**	**150.000.000,00 €**
Verausgabter Zweckzuschuss	**01.03.2020 - 30.11.2024**	**136.854.153,84 €**
Nicht verausgabter Zweckzuschuss (Rückforderungen)	**per 30.11.2024**	**13.145.846,16 €**
Zweckzuschuss-Ausschöpfungsgrad	**01.03.2020 - 30.11.2024**	**91,24%**

2.2 Härtefallfonds

An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, wurden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorlag.

Die Richtlinie des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Regelung der Auszahlungs- und Abwicklungsmodalitäten der Förderung im Rahmen des Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte vom 28. Juni 2022 wurde im Einvernehmen mit dem Vizekanzler, dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft erlassen. Anträge gemäß dieser Richtlinie konnten von 19. September bis 30. November 2022 eingebracht werden.

Nachdem mit BGBl. I Nr. 170/2022 das Härtefallfondsgesetz verlängert wurde, wurde mit der Richtlinie des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Regelung der Auszahlungs- und Abwicklungsmodalitäten der Förderung im Rahmen des Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte vom 23. November 2022 die Antragsfrist, im Einvernehmen mit dem Vizekanzler, dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, dahingehend adaptiert, dass Anträge bis 30. April 2023 eingebracht werden konnten.

Die Dotierung erfolgte durch den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und die Abwicklung im Auftrag des BMSGPK durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

Im Rahmen des Härtefallfonds wurde der WKÖ ein Betrag in Höhe von maximal 83.000.000 € aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für die Gewährung von Förderungen in Aussicht gestellt. Die erste Tranche in Höhe von 20.000.000 € wurde im September 2022 vom BMSGPK an die WKÖ ausgezahlt.

Da die Antragsfrist für Förderungen aus dem Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte mit 30. April 2023 abgelaufen ist und mit Ende Mai 2023 alle fristgerecht eingelangten Anträge bearbeitet bzw. die entsprechenden

Förderungen ausbezahlt waren, erfolgte durch die WKÖ im Juni 2023 die Rücküberweisung nicht verbrauchter Mittel an das BMSGPK.

Nach Abzug der ausbezahlten Fördermittel in Höhe von 3.027.288,75 € und der Kosten für die Beauftragung des Dachverbands der Sozialversicherungsträger für die technische Umsetzung der erforderlichen Schnittstelle in Höhe von 126.038,06 € (inkl. USt.) ergab sich, zuzüglich Zinsen, abzüglich KESt und Bankspesen, ein Saldo in Höhe von 16.853.751,36 €. Hiervon wurde seitens der WKÖ eine Reserve in Höhe von 153.751,36 € für allfällige Nachzahlungen, die sich durch die Ergebnisse der Ex-Post-Prüfung ergeben könnten, einbehalten und ein Betrag in Höhe von 16.700.000,00 € an das BMSGPK rücküberwiesen.

Die Ex-Post-Prüfung wurde im Juni 2024 abgeschlossen. Nachzahlungen oder Rückforderungen aufgrund der Ergebnisse der Prüfung waren nicht erforderlich.

Im Zuge der Endabrechnung im Anschluss an die Ex-Post-Prüfung erfolgte die Rückzahlung der bei der WKÖ verbliebenen Reserve an das BMSGPK. Zuzüglich Zinsen, abzüglich KESt und finaler Bankspesen, wurde ein Betrag iHv. 155.477,56 € an das BMSGPK überwiesen.

Die Statistik zum Stichtag 31.12.2024 stellt sich daher wie folgt dar:

- Eingelangte Anträge: 6.997
- Positiv erledigte Anträge: 907
- Abgelehnte Anträge: 6.086
- Offene Anträge: 0
- Zurückgezogene Anträge: 4
- Durchschnittliche Förderhöhe pro Fördernehmer:in: 3.337,69 €

Von der WKÖ zur Zahlung freigegebenes Fördervolumen: **3.027.288,75 €**

2.3 Tabellarische Darstellung der Zahlungen der UG 21 pro DB

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Grüner Pass, Teil UG 21 (DB 21.01.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026
205.614,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Die bereitgestellten Mittel wurden für den IT-Betrieb des Grünen Passes benötigt.

Grundlage:
MRV 52/11 vom 17. März 2021</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Mit dem Grünen Pass wurde ein Instrument zur Verfügung gestellt, welches einen einheitlich gestalteten Nachweis über den Impf-, Genesungs- bzw. Teststatus einzelner Personen ermöglicht.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>205.614,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">205.614,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Titel	**Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2026 **12.000.000,00 €** im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für **Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der ARR 2014** eingesetzt. Folgende Projektträger wurden mit insgesamt 11.730.126,00 € gefördert: • Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser • Pro mente Oberösterreich • Sindbad - Mentoring für Jugendliche Österreich • Theater der Unterdrückten • Verein Pat:innen für alle • Verein Kriseninterventionszentrum • AFYA – Verein zur interkulturellen Gesundheitsförderung • Gemeinsam - Verein Interkulturelle Arbeit • Bundesverband Österreichischer Psycholog:innen • Die möwe • Verein zur Förderung und Führung von Kindern-, Jugend- und Familiencamps • Verband der österreichischen Tafeln • ÖPA – Österreichische Plattform für alleinerziehende Mütter/Väter und ihre Kinder • FEM.A – Verein Feministische Alleinerzieherinnen • Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark • poika – Verein zur Förderung von gendersensibler Bubenarbeit in Erziehung und Unterricht • Die Armutskonferenz • Verein MAIZ, Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen • Institut für Konfliktforschung • Österreichischer Gewerkschaftsbund • Dachverband Männer-, Burschen-, und Väterarbeit Österreich (DMÖ) • Institut für Frauen- und Männergesundheit • "Wiener Frauenhäuser" - Soziale Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder • undok - Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender • ASB Schuldnerberatungen GmbH • Volkshilfe Solidarität • Verein Grow together. Für einen guten Start ins Leben • Verein zur Förderung der National Coalition – Netzwerk Kinderrechte Österreich

<table>
<tr><td></td><td>Sämtliche Förderungen wurden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:
Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche
Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie
Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie
Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie
Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit
Die übrigen Mittel in Höhe von 269.874,00 € wurden für Werkverträge eingesetzt. Hierzu wird auf die Angaben zum nachfolgenden Ausgabenschwerpunkt verwiesen.

Gesetzliche Grundlage:
Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Tragweite seinerzeitig nicht vollständig abschätzbar war.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Pandemiebeginn im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table><tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr><tr><td>Summe</td><td>10.653.694,23</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">10.653.694,23</td></tr></table></td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Ein Teil der bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für Werkverträge eingesetzt. Damit wurden folgende Projekte finanziert:

Volkshilfe Wien gemeinnützige Betriebs-GmbH:
„Vorstudie betreffend die Durchführung von Projekten zur COVID-19-bedingten Delogierungsprävention und Wohnungssicherung“

Bundesanstalt Statistik Austria, SILC Express: „So geht’s uns heute.“ Pilotstudie für die unterjährige Datenerhebung zu sozialer Eingliederung, Lebensbedingungen und Wohlbefinden (nationale Kofinanzierung zu Eurostat Grant SMP-ESS-2021-ILC-SILC_IBA)

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)
Studie Familienleistungen nach Familientypen

Gesetzliche Grundlage:
Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung und der Gefahr von Delogierungen und Wohnungslosigkeit.
Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite seinerzeitig nicht vollständig abschätzbar war.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>269.874,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">269.874,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Titel	**Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2026 **18.000.000,00 €** im Jahr 2021 **2.000.000,00 €** im Jahr 2022
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel wurden für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der Sonderrichtlinie „COVID-19-Armutsbekämpfung“ eingesetzt. Folgende Projektträger wurden insgesamt mit 19.687.017,04 € gefördert: • Big Brothers Big Sisters Österreich • JUNO • FOOTPrint – Betreuung, Freiraum & Integration für Betroffene von Frauenhandel & Gewalt • Caritas Österreich • Neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen • BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe • RepaNet – Re-Use- und Reparaturnetwerk • ABZ* Austria Verein zur Förderung von Arbeit, Bildung und Zukunft von Frauen • ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH • Volkshilfe Solidarität • Fremde werden Freunde • Hilfswerk Österreich • Diakonie Eine Welt - Sozialministerium • Die Armutskonferenz • Verband der österreichischen Tafeln • Bundesgemeinschaft Freie Wohlfahrt Sämtliche Förderungen werden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf: • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19-Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit Gesetzliche Grundlage: Die Erstellung der Inhalte der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ erfolgte auf Grundlage der zwischen dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für

<table>
<tr><td></td><td>Soziales, Gesundheit, Pflege und Kosumentenschutz im Oktober 2020 geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des COVID-19-Gesetz-Armut, wonach 20 Mio. € aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds für Projektförderungen an gemeinnützige Organisationen zur Milderung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf armuts- und ausgrenzungsgefährderte Personen verwendet werden sollen.</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9 % der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Tragweite nach seinerzeitig nicht vollständig abschätzbar war.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Pandemiebeginn im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table><tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr><tr><td>Summe</td><td>18.805.907,57</td><td>0,00</td></tr><tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">18.805.907,57</td></tr></table></td></tr>
</table>

Titel	**Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2026 **14.000.000,00 €** im Jahr 2021 ausbezahlt
Beschreibung der Maßnahmen	Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2. Halbjahr 2021 für folgende **Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte** eingesetzt: **Zuwendungen für Kinder** in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von bis zu 200 € pro Kind (=Weiterführung der Anfang 2021 ebenfalls aus Mitteln des COVID-19-Gesetz-Armut finanzierten Maßnahme; Stichtag 31.7.2021); Die Leistung gebührte zusätzlich zu regulären Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Leistungen und gelangt über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 15.7.2021 in Kraft getreten sind). Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020, idF BGBl. I Nr. 58/2021
Materielle Auswirkungen	Die finanziellen Zuwendungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Haushalte für Kinder trugen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese gerieten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können. Mit den o.g. Maßnahmen wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Ausmaß seinerzeitig noch nicht abschätzbar war. Das Ziel war bis zu 73.000 Kinder zu erreichen.
Finanzielle Auswirkungen	Es wurden 14.000.000,00 € im Juli 2021 an die Bundesländer zur Auszahlung überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 13.574.800,86 € aus. Die nicht verwendeten Mittel iHv 425.199,14 € wurden von den Ländern im Jahr 2022 zur Gänze rücküberwiesen.

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026
Summe	13.574.800,86	0,00
Gesamt	**13.574.800,86**	

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Corona-Familienhärteausgleich, Teil UG 21</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026
13.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Finanzielle Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 50 Euro/Kind und Monat für 2 Monate; die Leistung gebührte zusätzlich zu „regulären“ Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsleistungen und gelangte über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgte auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMAFJ erstellt wurden (und am 1.07.2020 in Kraft getreten waren).

Gesetzliche Grundlage:
§ 38a Abs. 11 bis 14 Familienlastenausgleichgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967 idF des BGBl. Nr. 28/2020 (6. COVID-19-Gesetz)</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Mit den Zuwendungen leistete der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten (Entlastung bei Ausgaben des täglichen Bedarfs).

Die Endabrechnung ergab, das 89.681 Kinder mit diesen Mitteln unterstützt wurden.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Es wurden 13.000.000 € im Juli 2020 an die Bundesländer zur Auszahlung an die begünstigen Familien überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 8.265.103,62 € aus.

Die nicht verwendeten Mittel iHv 4.734.896,38 € wurden von den Ländern im Jahr 2021 zur Gänze rücküberwiesen.

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>8.265.103,62</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">8.265.103,62</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Anerkennungsfonds für Freiwilligenengagement (DB 21.01.04.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026
580.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt
20.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Mit dem 10. COVID-19-Gesetz und der einmaligen Aufstockung hat der bestehende Anerkennungsfonds auch Anwendung auf Maßnahmen und Aktivitäten, die von anerkannten Trägern und Freiwilligenorganisationen gemäß FreiwG zur Bewältigung der COVID-19-Krise geleistet wurden, gefunden. Damit konnten Zuwendungen an anerkannte Träger/Freiwilligenorganisationen gemäß § 36 Abs. 1a FreiwG gewährt werden, die 2020 im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krise standen und zur Sicherung des Freiwilligenengagements dienten.

Gesetzliche Grundlage:
§ 36 Abs 1a Freiwilligengesetz, StF: BGBl. I Nr. BGBl. I Nr. 17/2012, BGBl I Nr. 41/2020 (10. COVID-19-Gesetz)</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>29 anerkannte Träger und Freiwilligenorganisationen gemäß FreiwG haben Mittel aus dem Anerkennungsfonds als Unterstützung infolge covidbedingter Ausgaben zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeiten oder zur Verhinderung der Einstellung ihrer Tätigkeiten mangels finanzieller Mittel erhalten (z.B. ASBÖ, Verein FSJ, Volontariat bewegt, Internationale Freiwilligeneinsätze, Caritas, Österr. Rote Kreuz etc.). Verteilung Bundeländer: K 2, OÖ 5, Sbg. 1, Stmk. 2, T 2, V 1, W 16).</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Es wurden Zahlungen in Höhe von 600.000,00 € an den Anerkennungsfonds für Freiwilligenengagement geleistet:

<table>
<tr><td>eingelangte Anträge</td><td>davon bewilligt</td><td>davon abgelehnt</td><td>davon offen</td><td>Auszahlungen</td></tr>
<tr><td>37</td><td>29</td><td>8</td><td>0</td><td>600.000,00 € (davon 20.000,00 € 2021 vom Fonds ausbezahlt)</td></tr>
</table>
Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>600.000,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">600.000,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026
20.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für folgende Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte eingesetzt:
Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 100 Euro pro Kind (=Weiterführung der im Jahr 2020 aus Mitteln des Familienhärteausgleichs finanzierten Maßnahme);
Energiekostenzuschüsse in Höhe von bis zu 100 Euro pro Haushalt bei vorliegendem SH- bzw. MS-Bezug.
Beide Leistungen gebührten zusätzlich zu regulären SH- bzw. MS-Leistungen und gelangten über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgte auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 20.01.2021 in Kraft getreten sind).

Gesetzliche Grundlage:
Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Die finanziellen Zuwendungen an SH- bzw. BMS-Haushalte für Kinder und zur Abdeckung von Energiekosten trugen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese gerieten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können.
Mit den o.g. Maßnahmen wurde ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet, deren Ausmaß seinerzeitig nicht abschätzbar war. Das Ziel war bis zu 80.000 Kinder und mehr als 100.000 Haushalte zu erreichen.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Es wurden 20.000.000,00 € im Jänner 2021 an die Länder zur Auszahlung überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 18.868.220,00 € aus.
Die nicht verwendeten Mittel iHv. 1.131.780,00 € wurden von den Ländern im Jahr 2022 zur Gänze rücküberwiesen.
Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>18.868.220,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">18.868.220,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte (DB 21.01.04.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine veranschlagten Mittel im BFG 2026
20.000.000,00 € im Jahr 2022 ausbezahlt
16.700.000,00 € im Jahr 2023 rücküberwiesen
155.477,56 € im Jahr 2024 rücküberwiesen</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, wurden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorlag.

Die Dotierung erfolgte durch den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und die Abwicklung im Auftrag des BMSGPK durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

Gesetzliche Grundlage:
Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds (Härtefallfondsgesetz), BGBl. I Nr. 16/2020, idF BGBl. I Nr. 170/2022</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Mit den Zuwendungen leistete der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Im Rahmen des Härtefallfonds wurde der WKÖ ein Betrag in Höhe von maximal 83.000.000 € aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für die Gewährung von Förderungen in Aussicht gestellt. Die erste Tranche in Höhe von 20.000.000 € wurde im September 2022 vom BMSGPK an die WKÖ ausgezahlt. Im Juni 2023 wurde durch die WKÖ ein Betrag in Höhe von 16.700.000 € an das BMSGPK zurückgezahlt. Im Zuge der Endabrechnung wurde im September 2024 durch die WKÖ ein Betrag in Höhe von 155.477,56 € an das BMSGPK zurückgezahlt.

Details zu dem ausgezahlten Fördervolumen der WKÖ können Sie dem Punkt 2.3 Härtefallfonds entnehmen.

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>3.144.522,44</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">3.144.522,44</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Zweckzuschuss Pflege (DB 21.02.02.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026
100.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt
50.000.000,00 € im Jahr 2021 ausbezahlt</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Im Falle einer Pandemie konnte den Ländern nach Maßgabe der aus dem Krisenfonds zur Verfügung stehenden Mitteln als Beitrag für die Finanzierung von außerordentlichen Belastungen und der durch den Wegfall von Betreuungsstrukturen notwendigen Maßnahmen, insbesondere für Ersatzbetreuungseinrichtungen sowie Clearingstellen sowie außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal, ein zweckgebundener Zuschuss zur Verfügung gestellt werden.

Gesetzliche Grundlage:
§ 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz (BGBl. I Nr. 113/2021, Bundesgesetz, mit dem das Pflegefondsgesetz und das COVID-19-Zweckzuschussgesetz geändert werden)</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Auf Basis § 2 Abs. 2b PFG leistete der Bund den Ländern für außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal einen Kostenersatz in Höhe von 150 Mio. €.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Kärnten</td><td>9.494.266,30</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Vorarlberg</td><td>6.676.732,08</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Wien</td><td>32.121.665,93</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Burgenland</td><td>4.970.656,15</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Niederösterreich</td><td>24.415.144,11</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Oberösterreich</td><td>20.954.167,41</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Salzburg</td><td>9.304.869,18</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Steiermark</td><td>18.765.625,25</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Tirol</td><td>12.765.519,73</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>139.468.646,14</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">139.468.646,14</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

3 UG 24 – Gesundheit

In der UG 24 werden die Aufwendungen für Kostenersätze an die Länder und die SV-Träger für die unmittelbaren Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie abgewickelt.

Es soll ein zusammenfassender Einblick zu den Themenbereichen Testen, Impfen, Covid-19-Arzneimittel, Abwassermonitoring, Verdienstentgang und der Schutzausrüstung vorgelegt werden.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass diese Angaben vom Stand der Abrechnungen der jeweiligen Länder bzw. SV-Träger bedingt werden. Bei allen Übersichten zu Maßnahmen, die im Bereich der Abwicklung durch die Bundesländer durchgeführt werden, sind Informationen zum Stand der jeweiligen Refundierung an die Länder dargestellt, bei den durch die SV-Träger abgewickelten Maßnahmen ist dieser Bundesländervergleich nicht möglich.

3.1 Testen

Österreich setzte seit der Verfügbarkeit von Antigen- bzw. PCR-Testungen ab Ende des Jahres 2020 auf breit angelegte Testprogramme und niederschwellig verfügbare Testangebote. Die Abwicklung der Testungen folgte der nationalen Teststrategie unter Berücksichtigung der jeweiligen länderspezifischen Besonderheiten. Die Kostentragung für die Testungen wird im Zuständigkeitsbereich des BMASGPK einerseits gemäß

- Epidemiegesetz und entsprechenden Erlässen an die Länder sowie
- durch Finanzierung von Testungen an Teststraßen gemäß Zweckzuschussgesetz und entsprechenden Richtlinien zur Kostentragung an die Länder und
- durch einschlägige Regelungen im ASVG und der Parallelgesetze (insbesondere Testungen an Apotheken) durchgeführt.

Für die Testungen wurden seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2026 insgesamt rd. 5.190,5 Mio. € verausgabt.

Darin sind alle Ausgaben enthalten, die nach den oben angeführten Rechtsgrundlagen angefallen sind. Davon entfallen auf den Bereich

- des ASVG und der Parallelgesetze rd. 1.598,8 Mio. €,
- des Zweckzuschusses rd. 1.630,1 Mio. €,
- des Epidemiegesetzes rd. 1.678,2 Mio. €
- und auf die Beschaffung von Wohnzimmertests gemäß ErmächtigungsG sowie die Aufwendungen für „Österreich testet“ rd. 283,4 Mio €.

Testungen an Schulen und in Betrieben werden federführend durch BMBWF und BMAW finanziert und sind nicht Gegenstand dieses Berichtes.

Schul-, Apotheken- und Betriebstestungen wurden großteils über eigene Meldeschienen erfasst und sind in den Testungszahlen der Bundesländer nicht inkludiert.

Die folgenden Übersichtstabellen 3.1.1, 3.1.2 und 3.1.3 geben Informationen zu der Anzahl der durchgeführten Tests.

Die Darstellung der durch das BMASGPK an die Länder refundierten Kosten gemäß Epidemiegesetz und Zweckzuschussgesetz sind in den Tabellen 3.8.1 bis 3.8.4 zusammengefasst.

Sämtliche Testungen mit Ausnahme der Testungen nach dem ASVG und Parallelgesetzen sind mit 30.06.2023 ausgelaufen. Testungen im niedergelassenen Bereich an symptomatischen Patient:innen gemäß § 742 ASVG und Parallelgesetze sind mit 31.03.2024 ausgelaufen. Somit handelt es sich bei den Übersichtstabellen 3.1.1., 3.1.2 und 3.1.3 um die endgültige Anzahl der Testungen.

Tabelle 3.1.1 Anzahl der durch die Bundesländer gemeldeten PCR und Antigen-Testungen **seit Beginn der Teststrategie bis 30.06.2023**

		Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
gesamt 2020		**114.624**	**175.569**	**698.629**	**465.906**	**217.713**	**659.384**	**770.451**	**365.702**	**1.140.023**	**4.608.001**
gesamt 2021		**3.546.929**	**5.459.911**	**20.868.942**	**18.828.225**	**8.426.931**	**15.761.403**	**6.542.814**	**5.247.248**	**34.288.700**	**118.971.103**
gesamt 2022		**2.241.599**	**1.312.599**	**19.355.740**	**6.576.920**	**2.467.263**	**6.112.318**	**2.888.713**	**1.685.157**	**37.998.775**	**80.639.084**
Jänner 2023		44.918	17.045	105.321	84.570	32.071	91.105	29.623	11.163	854.975	1.270.791
Februar 2023		34.269	11.847	74.502	68.940	30.729	190.603	34.024	12.700	658.065	1.115.679
März 2023		37.708	9.276	70.656	64.860	24.397	77.149	24.180	11.546	369.471	689.243
April 2023		15.812	3.536	26.092	21.623	11.900	38.723	7.192	4.356	151.122	280.356
Mai 2023		4.916	1.959	13.413	6.805	5.575	21.743	2.911	2.310	77.074	136.706
Juni 2023		3.295	1.108	7.753	3.167	2.741	11.249	1.340	1.248	41.206	73.107
gesamt 2023		**140.918**	**44.771**	**297.737**	**249.965**	**107.413**	**430.572**	**99.270**	**43.323**	**2.151.913**	**3.565.882**
Gesamtergebnis 2020 - 2023		**6.044.070**	**6.992.850**	**41.221.048**	**26.121.016**	**11.219.320**	**22.963.677**	**10.301.248**	**7.341.430**	**75.579.411**	**207.784.070**
davon PCR-Testungen		**2.381.729**	**1.759.167**	**15.309.816**	**6.822.083**	**3.354.389**	**6.970.766**	**4.558.834**	**1.672.987**	**67.889.539**	**110.719.310**
davon Antigentestungen		**3.662.341**	**5.233.683**	**25.911.232**	**19.298.933**	**7.864.931**	**15.992.911**	**5.742.414**	**5.668.443**	**7.689.872**	**97.064.760**

www.parlament.gv.at

Tabelle 3.1.2: Anzahl Apothekentestungen 01.02.2021 bis 30.06.2023

		Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
gesamt 2021		**1.510.660**	**1.653.367**	**3.701.517**	**2.244.284**	**1.175.549**	**3.901.670**	**1.997.185**	**1.636.833**	**8.630.931**	**26.451.996**
gesamt 2022		**1.674.379**	**1.841.270**	**4.376.528**	**1.540.197**	**782.103**	**3.570.984**	**946.206**	**687.996**	**7.542.284**	**22.961.947**
Jänner 2023		31.292	12.835	108.454	22.470	12.056	54.876	812	1.193	275.918	519.906
Februar 2023		25.543	9.869	98.995	23.062	10.855	47.475	734	1.220	260.312	478.065
März 2023		22.565	10.576	68.646	22.423	8.271	44.489	626	1.023	127.673	306.292
April 2023		11.989	3.784	28.232	10.177	3.685	19.600	269	449	59.129	137.314
Mai 2023		5.610	1.598	11.346	3.697	1.430	11.196	177	191	30.258	65.503
Juni 2023		3.055	683	4.958	1.481	494	4.256	114	65	17.867	32.973
gesamt 2023		**100.054**	**39.345**	**320.631**	**83.310**	**36.791**	**127.016**	**2.732**	**4.141**	**771.157**	**1.540.053**
Gesamtergebnis 2021 - 2023		**3.285.093**	**3.533.982**	**8.398.676**	**3.867.791**	**1.994.443**	**7.599.670**	**2.946.123**	**2.328.970**	**16.944.372**	**50.953.996**
davon PCR-Testungen		**1.852.955**	**1.950.123**	**4.899.728**	**1.810.000**	**836.485**	**3.945.947**	**1.174.996**	**680.185**	**8.546.355**	**25.696.774**
davon Antigentestungen		**1.432.138**	**1.583.859**	**3.498.948**	**2.057.791**	**1.157.958**	**3.708.599**	**1.771.127**	**1.648.785**	**8.398.017**	**25.257.222**

Tabelle 3.1.3: Anzahl Screeningprogramme AGES 01.11.2021 bis 30.06.2023

	Alten- und Pflegewohnheime	Mobile Pflege und Betreuung	Chancengleichheits-einrichtungen	Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe	Gesamtergebnis
2020	**353.419**	**236**	**19**	**0**	**353.674**
2021	**3.132.307**	**270.112**	**533.909**	**59.768**	**3.996.096**
2022	**2.667.545**	**162.573**	**791.630**	**62.217**	**3.683.965**
Jänner 2023	59.212	4.045	20.725	4.930	88.912
Februar 2023	48.903	3.432	23.320	4.757	80.412
März 2023	45.330	3.535	21.122	4.644	74.631
April 2023	17.379	2.312	8.348	2.378	30.417
Mai 2023	6.796	2.258	5.239	5.057	19.350
Juni 2023	1.614	769	373	3.603	6.359
gesamt 2023	**179.234**	**16.351**	**79.127**	**25.369**	**300.081**
Gesamtergebnis 2020 bis 2023	**6.332.505**	**449.272**	**1.404.685**	**147.354**	**8.333.816**

www.parlament.gv.at

31 von 105

3.2 Impfen

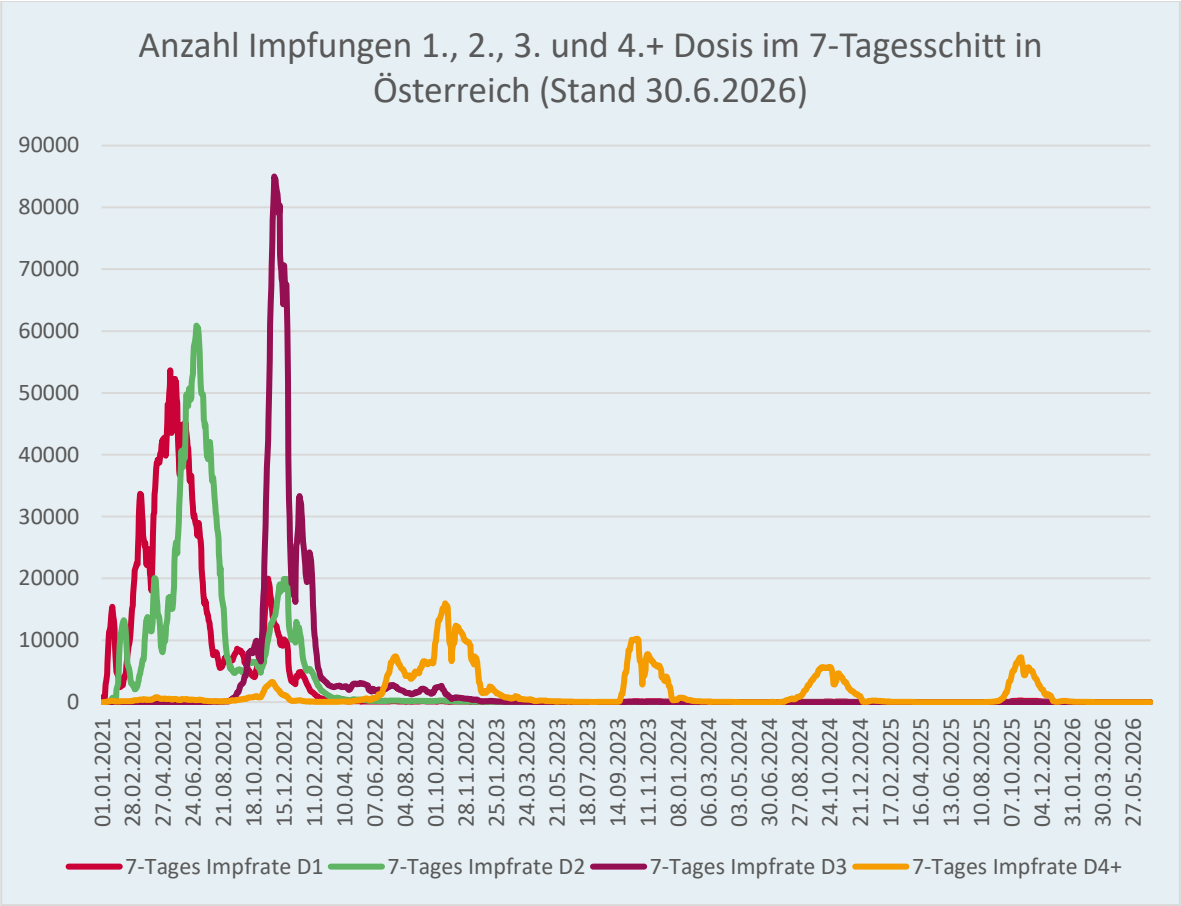
Seit Beginn des COVID-19-Impfprogramms im Dezember 2020 wurden bis zum Stichtag 30.06.2026 gesamt 21.923.851 Impfungen im e-Impfpass dokumentiert. Für die Abwicklung der erfolgten Impfungen wurden bisher seit Beginn der Pandemie bis 30.06.2026 insgesamt rd. **1.825,3 Mio. €** verausgabt.

Davon entfallen auf den Bereich

- des ASVG und der Parallelgesetze rd. 179,3 Mio. €,
- des Zweckzuschusses rd. 528,1 Mio. €,
- auf die Impfstoffbeschaffung rd. 1.046,2 Mio. €,
- auf die Logistik, Entsorgungskosten und die Verbrauchsmaterialien rd. 52,7 Mio. €,
- des Impffinanzierungsgesetzes rd. 0,7 Mio. €
- und die Aufwendungen für den E-Impfpass, Informationsschreiben Impfkampagne sowie Vorbereitungen zur Durchsetzung der Impfpflicht rd. 18,3 Mio. €.

Nach dem Start der Impfungen am 27.12.2020 waren die Impfstoffe noch einer strengen Alters- und Berufsregulierung ausgesetzt. Mit der größeren Verfügbarkeit von Dosen ab dem 2. Quartal 2021, stieg die 7-Tages-Impfrate in den folgenden Wochen stark an. Eine gewisse Wellentendenz zwischen Erst- und Zweitdosen war insbesondere in den ersten Monaten zu beobachten, als Impfstoffe für Zweitdosen verwendet werden mussten, und die Anzahl der verimpften Erstdosen vorübergehend zurückging (siehe Abbildung 3.2.1). Mitte Mai 2021 konnte dann mit über 50.000 durchschnittlich täglich erstgeimpften Personen der Höchstwert erreicht werden. Für die Zweitimpfungen ergab sich der Höchstwert von leicht über 60.000 Impfungen Mitte Juli 2021. Spätestens ab diesem Punkt überstieg das Angebot die Nachfrage nach Impfungen und der tägliche Umfang an Impfungen ging schnell zurück. Anfang November 2021 stiegen die Impfungen wiederum stark an. Mit Abstand stärkster Treiber dafür waren die Drittdosen, die einen 7-Tages-Durchschnitt von nahezu 90.000 erreichten. Aber auch Erst- und Zweitimpfungen stiegen weit über das Niveau von Sommer und Herbst 2021. Bei den Viertdosen ist seit Ende des 2. Quartals 2022 ein Anstieg zu beobachten. Im 2. und 3. Quartal 2022 wiederum war das Impfgeschehen von Booster-Impfungen dominiert. Seit Ende 2022 ist das Impfgeschehen stark zurückgegangen. COVID-19 ist auch bis 2026 weiterhin eine häufige Ursache für Krankenhausaufenthalte aufgrund von Atemwegsinfektionen, weshalb die Impfung auch laut Impfplan Österreich 2025/26 insbesondere für Personen ab 60 Jahren und Personen mit bestimmten Risikofaktoren empfohlen ist.

Abbildung 3.2.1: Zeitliche Entwicklung der im e-Impfpass dokumentierten Impfungen



Anmerkung zur Grafik: Die Zahlen, welche dieser Grafik zugrunde liegen, wurden inzwischen aktualisiert. Dabei wurden unter anderem offensichtliche Fehleinträge von COVID-19-Impfungen in den eImpfpass, etwa mit einem Verabreichungsdatum vor Zulassung des jeweiligen Impfstoffs, exkludiert. Darüber hinaus kam es zu Nachtragungen und Stornierungen von Impfungen. Entsprechend weicht die aktualisierte Darstellung der im eImpfpass dokumentierten Impfungen gegen COVID-19 leicht von den zuvor veröffentlichten Grafiken ab.

Verfügbarkeit der Impfstoffe:

Jahr 2020/21: Zu Beginn der Impfkampagne Ende 2020 war nur mRNA-Impfstoff des Herstellers Biontech/Pfizers verfügbar, der sich durch hohe Zuverlässigkeit bei der Verfügbarkeit auszeichnete und der insgesamt den am meisten verabreichten Impfstoff darstellt. Der mRNA-Impfstoff des Herstellers Moderna war ab Mitte Januar 2021 im Einsatz, wenngleich in geringerem Ausmaß. Ab Februar 2021 war Vektor-Impfstoff des Herstellers Astra Zeneca zugelassen. In Hinblick auf diesen Impfstoff bestanden aber seit Beginn anhaltende Liefer- und Akzeptanzprobleme. Vektor-Impfstoff von Johnson &

Johnson (Janssen) war ab April 2021 in Österreich im Einsatz, auch hier waren Lieferprobleme zu verzeichnen. Dieser Impfstoff wurde zu Beginn in einem 1-Dosen-Schema angewendet. Mangelnde Akzeptanz entstand bei diesem Impfstoff nach Einführung eines 2-Dosen-Schemas. So wurden die Vektor-Impfstoffe von Astra Zeneca und von Johnson & Johnson im Rahmen der Spendenprogramme weitergegeben.

Beim mRNA-Impfstoff von BionTech/Pfizer war ab Dezember 2021 Kinderimpfstoff zugelassen und verfügbar.

Jahr 2022: Das Jahr 2022 war vor allem durch eine Verbreiterung des Impfstoffportfolios geprägt. So waren nun auch proteinbasierte Impfstoffe (Impfstoff von Novavax ab Februar 2022, Impfstoff von Valneva ab August 2022, Impfstoff von Sanofi ab Dezember 2022) verfügbar.

Ab September 2022 waren auch auf die neuen Varianten BA.1 und BA.4-5 angepasste mRNA-Variantenimpfstoffe von BionTech/Pfizer verfügbar (siehe Tabelle 3.2.1 und 3.2.2.). Ebenfalls im September 2022 wurde Österreich auch mit dem angepassten Variantenimpfstoff gerichtet gegen die Komponente BA.1 von Moderna beliefert.

Jahr 2023: Ab Jänner 2023 wurde Österreich auch mit Variantenimpfstoff gerichtet gegen BA.4-5 von Moderna beliefert. Ab September 2023 standen für die Impfsaison 2023/2024 an die Variante XBB.1.5 angepasste Variantenimpfstoffe der Hersteller BionTech/Pfizer, Novavax und Moderna in Österreich zur Verfügung.

Jahr 2024: Für die Impfsaison 2024/2025 standen ab Juli 2024 an die Virusvariante JN.1. angepasste Variantenimpfstoffe und ab Oktober an die Virusvariante KP.2. angepasste Variantenimpfstoffe des Herstellers BioNTech/Pfizer zur Verfügung. Ab Dezember 2024 konnte auch der an JN.1 angepasste Variantenimpfstoff der des Herstellers Novavax der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Jahr 2025: Für die Impfsaison 2025/26 wurde seitens BioNTech/Pfizer neuerlich eine Anpassung auf die aktuell zirkulierenden Virusvarianten vorgenommen, in dem Fall gerichtet gegen die Virusvariante LP.8.1. Dieser Impfstoff wurde ab der zweiten Augusthälfte ausgeliefert und steht ab dann der österreichischen Bevölkerung in bewährter Weise zur Verfügung. Zusätzlich wurde neuerlich eine geringe Menge von 3.060 Dosen des an JN.1 angepassten Variantenimpfstoffs der Fa. Novavax bezogen,

sodass entsprechend der Empfehlungen des Nationalen Impfgremiums auch ein Proteinimpfstoff zur Verfügung gestellt wurde.

Jahr 2026: Für die aktuelle Impfsaison 2026/27 wurde seitens BioNTech/Pfizer neuerlich eine Anpassung auf die aktuell zirkulierenden Virusvarianten vorgenommen, in dem Fall gerichtet gegen die Virusvariante XFG. Dieser Impfstoff wird ab der zweiten Augusthälfte nach Österreich geliefert und steht ab September zusammen mit den noch vorrätigen Impfstoffen der österreichischen Bevölkerung in bewährter Weise zur Verfügung. Es handelt sich dabei um die letzten Abnahmeverpflichtungen aus den Verträgen mit der Fa. Pfizer.
Zusätzlich werden geringe Mengen des Variantenimpfstoffs der Fa. Hipra bestellt, sodass entsprechend der nachdrücklichen Empfehlungen des Nationalen Impfgremiums auch weiterhin ein Proteinimpfstoff zur Verfügung gestellt werden kann.

Die an die Länder gemäß Zweckzuschussgesetz refundierten Kosten für die Impfungen sind den Tabellen 3.8.3.-3.8.4. zu entnehmen.

www.parlament.gv.at

Tabelle 3.2.1: Liefermengen an Impfstoffen 2020 bis 30.06.2026 (inklusive Direktspenden)

Impfstoff	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Astra Zeneca		5.174.000	760.800	-			
BioNTech/Pfizer	61.425	16.461.318	16.988.190	1.937.280	1.209.600	1.523.520	
Moderna		3.488.300	4.320.783	125.760	6.120		
Johnson & Johnson		2.286.000	2.174.400	-			
Novavax		-	2.641.100	195.000	5.000	3.060	
Sanofi		-	371.000	1.872.300			
HIPRA		-	-	-			
Valneva		-	151.200	-			
Gesamt	**61.425**	**27.409.618**	**27.407.473**	**4.130.340**	**1.220.720**	**1.526.580**	**0**
Gesamt (kumuliert)	**61.425**	**27.471.043**	**54.878.516**	**59.008.856**	**60.229.576**	**61.756.156**	**61.756.156**

inkl. aller Direktspenden

Spenden im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme:

Mit Abstand die meisten gespendeten Dosen, sowohl in Umfang als auch in Anzahl der Destinationen, betreffen Astra Zeneca Impfstoffe, die aufgrund der mangelnden Verwendung in Österreich verfügbar wurden.

Die meisten weiteren Spenden erfolgten durch das COVAX Programm. Betroffen hiervon sind insbesondere zwei Johnson & Johnson (Janssen) Spenden. Durch das COVAX Programm kam es auch zu einer Biontech/Pfizer Spende. Es gab außerdem eine einzelne, vergleichsweise kleine Spende von Moderna an die OSZE. Die Details dazu sind der Tabelle 3.2.2 zu entnehmen.

Tabelle 3.2.2: Spenden im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme

Astra-Zeneca	**Dosen**
Ukraine	250.000
Libanon	101.600
Bosnien und Herzegowina	498.800
Tunesien	50.000
Costa Rica	50.000
Iran	1.000.000
Tadschikistan	50.000
Usbekistan	150.000
Vietnam	50.000
Bangladesch	1.251.520
Ghana	345.100
Georgien	5.000
COVAX	415.200
Gesamt	**4.217.220**

Johnson & Johnson	**Dosen**
Burkina Faso	396.000
Philippinen	266.400
Afghanistan	331.200
Sudan	1.000.800
Tanzania	957.600
Niger	216.000
Gesamt	**3.168.000**

Moderna	**Dosen**
OSZE	1.200
Gesamt	**1.200**

Pfizer	**Dosen**
Brazilien	1.120.320
Pakistan	501.120
Mexiko	33.600
El Salvador	28.800
COVAX	19.200
davon an Tanzania	17.280
OSZE	402
Nepal	400.320
Madagaskar	51.840
Angola	198.720
Nordmazedonien	11.520
Suriname	2.880
Gesamt	**2.368.722**

Im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme wurden bis 30.06.2026 insgesamt 9.755.142 Dosen Impfstoffe gespendet.

3.3 Impfkampagne

Die operative Umsetzung der Impfkampagne der Bundesregierung erfolgte aus den Mitteln des COVID 19 Fonds seit 01.01.2022 in der GECKO Geschäftsstelle im BKA. Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat die Fortführung dieser Informationskampagne zur Corona-Schutzimpfung „GemeinsamGeimpft“ vom 01.07.2022 bis 31.12.2022 strategisch weiterentwickelt und finanziert.

Die Maßnahmen umfassten eine breit angelegte Dachkampagne, um in der Öffentlichkeit das Bewusstsein zu schärfen, dass die Corona-Schutzimpfung der wichtigste Hebel zur Überwindung der Pandemie ist. Die Dachkampagne wurde ergänzt durch eine „bottom-up“-Kampagne, die über relevante Multiplikatoren, wie z.B. Ärzt:innen, Apotheker:innen, eine möglichst direkte und persönliche Kommunikation mit den definierten Zielgruppen ermöglichen sollte.

Es wurden **rd. 8,6 Mio. €** an Mitteln des COVID 19-Fonds für eine umfassende Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung zur Situation rund um das Corona-Virus (COVID-19) vom BMSGPK verausgabt.

Primäres Ziel der Informationskampagne: Bewusstsein aufrechterhalten – Eigenverantwortung stärken
Alle in Österreich lebenden Menschen sollten motiviert werden, impfen zu gehen. Dazu sollte eine allgemeine Grund-Awareness in der Bevölkerung für das Thema erhalten bzw. geschaffen werden. Die Botschaft bleibt: „Impfen schützt. Impfen ist das beste Mittel, um mit dem Corona Virus langfristig zu leben und die Pandemie einzudämmen“.
Es sollte das Bewusstsein und die Gesundheitskompetenz geschaffen werden, dass die Einhaltung damaliger Impfempfehlungen vor der nächsten Infektionswelle - abhängig von der vorherrschenden Virusvariante - entscheidend war, um die folgenden Monate ohne wesentliche Einschränkungen zu überstehen.

Sekundäres Ziel: Aktivierung von Impfbereiten durch „Bottom-up-Ansatz“
Vor allem die Gruppe, die eine grundlegende Bereitschaft hätte und bisher nicht erreicht werden konnte, soll durch den „Bottom-up-Ansatz“ und das Prinzip von „Social Proof“ von Organisationen oder Einzelnen auf die Impfung und aktuelle Impfmöglichkeiten angesprochen werden.

Zur Erfüllung der genannten Ziele wurden im Rahmen der Dachkampagne Werbemittel für eine breite Ausspielung im Bereich Print, TV und Hörfunk, Online, Out-of-Home sowie Digital Out-of-Home entwickelt.

Neben der Ausspielung der Sujets, dem TV-Spot und HF-Spot wurden diverse zielgruppenspezifische Sonderformate entwickelt, z.B., Advertorials oder Pre-Roll Host-Reads im Rahmen von Podcast-Werbung.

Für die Bottom-up Ansprache wurden zielgruppenspezifische Informationsfolder entwickelt: für Schulen, für Arztpraxen und für Apotheken. Weitere Sonderformate waren Free Cards, Bierdeckel und Verkehrsmittelwerbung.

Zusätzlich wurde die Kampagne auch über die Sozialen Medien verbreitet. Kanäle waren Facebook, Instagram, YouTube. Um auch verstärkt eine jüngere Zielgruppe anzusprechen, wurden die Kampagne auch über TikTok ausgespielt.

Als Landingpage für die Kampagne wurde die Webseite www.gemeinsamgeimpft.at weiter ausgebaut und mit zusätzlichen Features weiterentwickelt, wie zB. einem Blog.

Die Kampagne wurde von der Kreativ Agentur BBDO/Rosenberg entwickelt und durch die Media-Agentur Mediacom ausgespielt.

Je nach Zielgruppe sind laufend unterschiedliche Aktivitäten in verschiedensten Medienformaten erfolgt. Im Rahmen der Kampagne wurden folgende Zielgruppen unterschieden:

Primäre Zielgruppe
Es sollten alle angesprochen werden, die mindestens eine Corona-Schutzimpfung erhalten hatten und eine weitere benötigten, um dem damals geltenden Impfschema zu entsprechen. Besonders wichtige Zielgruppen innerhalb der Gesamtbevölkerung waren:

- Personen mit einem erhöhten Risiko für einen schweren Verlauf oder eine Erkrankung mit Todesfolge
    - Personen über 80 Jahren
    - Risikopersonen und chronisch kranke Personen jeden Alters
    - Personen über 65 Jahren
- Genesene aufgrund geänderter Empfehlung (Genesung ersetzte keine Impfung mehr)

- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
    - Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren aufgrund geänderter Empfehlung
    - Schulkinder aufgrund Impfempfehlung vor allem vor/mit Schulbeginn
    - Jugendliche und junge Erwachsenen, die durch viele Sozialkontakte ein erhöhtes Ansteckungsrisiko hatten
    - Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau
- Familien und Elternteile/ Bezugspersonen von Kindern unter 12 Jahren
- Migrant:innen mit besonderer Berücksichtigung von Angeboten in Fremdsprachen
- Nicht Erwerbstätige

Sekundäre Zielgruppe
Multiplikator:innen, die als wahrgenommene Expert:innen, Vertrauenspersonen, Influencer, etc. wichtige Bezugspersonen für andere waren und dazu beitragen konnten, die Impfentscheidung(en) anderer in ihrem Umfeld zu unterstützen bzw. positiv zu beeinflussen.

Zusätzliche Informationen können auf folgenden Internetseiten abgerufen werden:
https://www.gemeinsamgeimpft.at
https://www.facebook.com/gemeinsamgeimpft
https://www.instagram.com/gemeinsam_geimpft/
https://www.youtube.com/channel/UCUUylknAR8FfbEcUo3QzG4g

Die vom BMSGPK finanzierte und betreute Kampagne wurde im Zeitraum von 01. Juli 2022 bis 15. Jänner 2023 geschalten.

3.4 Covid-19-Arzneimittel

Der Bund, vertreten durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, hat im Rahmen der Pandemie die Beschaffung von COVID-19-Medikamenten getätigt, um möglichst rasch große Mengen an Arzneimitteln für die Versorgung von COVID-19-Patient:innen in Österreich bereitstellen zu können. Diese Arzneispezialitäten waren zum damaligen Zeitpunkt auf andere Weise, insbesondere über die regulären, etablierten Lieferketten des Arzneimittelsektors, für den österreichischen Markt nicht verfügbar. Es wurden dazu mehrere bilaterale Verträge zwischen Unternehmen und dem BMASGPK zum Kauf von mehreren hunderttausend Therapiezyklen abgeschlossen. Die konkrete Beschaffung belief sich auf insgesamt 425.250 Therapiezyklen und beinhaltete die Arzneispezialitäten Xevudy®, Lagevrio®, Regkirona®, Paxlovid®, Evusheld® und Ronapreve®. Zu letzterem ist ein eigener Bericht enthalten.

Die medizinischen Leistungen, die für die Verabreichung notwendig waren, wurden seitens der Sozialversicherung abgegolten. Für die Patient:innen entstanden durch die Behandlung keine Kosten.

Die Behandlung folgte den einschlägigen ärztlichen Empfehlungen und war vorrangig für Risikopatient:innen vorgesehen. Das Therapieboard des OSR hat eine Behandlung mit einem COVID-19-Medikament für folgende Personengruppe empfohlen:

- Personen im erhöhten Alter,
- Personen mit chronischen Erkrankungen (z.B. Diabetes),
- Personen mit Übergewicht und
- Personen mit Erkrankungen bzw. mit der Einnahme von Medikamenten, die das Immunsystem beeinflussen.

Ob eine Person der Risikogruppe angehörte, wurde im Einzelfall durch die behandelnden Ärzt:innen entschieden.

Mit der Beschaffung dieser COVID-19 Therapeutika wurden primär zwei Ziele verfolgt:

- das Vermeiden von Todesfällen und
- die Hospitalisierung der vulnerablen Personengruppe.

Zur Vermeidung einer Hospitalisierung waren die Therapeutika Lagevrio® und Paxlovid® vorgesehen. Bei diesen musste eine Behandlung so rasch wie möglich, somit bereits kurz nach einer COVID-19-Infektion, erfolgen, um die beste Wirksamkeit zu gewährleisten. Diese Arzneimittel müssen zu einem Zeitpunkt eingenommen werden, zu dem noch keine, oder nur milde Symptome erkennbar sind. Bei Personen, die aufgrund des Krankheitsverlaufes in einem Spital stationär behandelt werden müssen, ist die Wirksamkeit von Paxlovid und Lagevrio nicht mehr vollumfänglich gegeben. Zur Therapie dieser Patient:innengruppe dienten die COVID-19 Therapeutika Xevudy®, Evusheld® und Regkirona®.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2026 hat das BMASGPK für die Beschaffung von COVID-19 Arzneimitteln insgesamt rund **356,7 Mio. €** ausgegeben.

Eine Übersicht der verbrauchten Mengen an COVID 19-Arzneimitteln ist in Tabelle 3.4.1 dargestellt. Zum 31.12.2025 gibt es im Bundeseigentum keine Bestände an COVID-19 Arzneimitteln (Tabelle 3.4.2.).

Tabelle 3.4.1: In Österreich verbrauchte COVID-19-Arzneimittel (Stand: 31.12.2025)

COVID-19 Therapeutika Verbrauch [Behandlungseinheiten] Stand: 31.12.2025		Xevudy® (Sotrovimab, VIR-7831)	Lagevrio® (Molnupiravir)	Regkirona® (Regdanvimab)	Paxlovid® (PF-07321332 + Ritonavir)	Evusheld® (AZD7442)	Summe
2022	Jänner	1.009	231	2	0	0	1.242
	Februar	2.522	980	66	0	0	3.568
	März	3.054	2.317	34	1.247	167	6.819
	April	1.000	2.043	6	2.576	482	6.107
	Mai	102	612	0	1.090	188	1.992
	Juni	246	1.251	1	3.471	207	5.176
	Juli	323	2.186	0	7.097	319	9.925
	August	99	1.469	0	6.259	402	8.229
	September	249	2.262	0	9.234	433	12.178
	Oktober	255	4.054	0	17.139	762	22.210
	November	95	2.030	0	7.628	330	10.083
	Dezember	64	3.422	0	10.109	239	13.834
	2022	**9.018**	**22.857**	**109**	**65.850**	**3.529**	**101.363**
2023	Jänner	28	1.582	0	5.019	134	6.763
	Februar	49	2.317	0	9.572	141	12.079
	März	37	389	0	7.896	104	8.426
	April	16	90	0	4.797	54	4.957
	Mai	0	22	0	1.435	11	1.468
	Juni	0	6	0	548	12	566
	Juli	20	22	0	377	4	423
	August	0	67	0	1.444	52	1.563
	September	0	19	0	3.503	2	3.524
	Oktober	12	3	0	6.110	0	6.125
	November	0	0	0	13.333	0	13.333
	Dezember inkl. Korrekturen	5	0	0	39.730	0	39.735
	2023	**167**	**4.517**	**0**	**93.764**	**514**	**98.962**
2024	Jänner	6	0	0	37.551	0	37.557
	Februar	1	0	0	237	0	238
	März	0	0	0	57	0	57
	April	0	0	0	17	0	17
	Mai	0	0	0	24	0	24
	Juni	0	0	0	58	0	58
	Juli	2	0	0	242	0	244
	August	0	0	0	204	0	204
	September	4	0	0	475	0	479
	Oktober	0	0	0	669	0	669
	November	0	0	0	151	0	151
	Dezember	0	0	0	216	0	216
	2024	**13**	**0**	**0**	**39.901**	**0**	**39.914**
2025	Jänner	0	0	0	89	0	89
	Februar	0	0	0	62	0	62
	März	0	0	0	27	0	27
	April	0	0	0	29	0	29
	Mai	0	0	0	15	0	15
	Juni	0	0	0	0	0	0
	Juli	0	0	0	0	0	0
	August	0	0	0	0	0	0
	September	0	0	0	0	0	0
	Oktober	0	0	0	0	0	0
	November	0	0	0	0	0	0
	Dezember	0	0	0	0	0	0
	2025	**0**	**0**	**0**	**222**	**0**	**222**
	Summe 2022 -2025	**9.198**	**27.374**	**109**	**199.737**	**4.043**	**240.461**

Gesamtverbrauch Paxlovid beinhaltet Nachmeldungen von Abgaben auf Privatrezept und sonstige Abgabe durch öffentliche Apotheken, Abgabe durch Hausapotheken, abgelaufene und entsorgte Packungen.

Per Ende Mai 2025 ist das Shelf Life sämtlicher auf Lager befindlichen Chargen von Paxlovid (aus Bundesbestand) abgelaufen. Paxlovid aus Bundesbestand darf somit nicht mehr an Patient:innen abgegeben werden. Restbestände wurden durch die Anstaltsapotheken fachgerecht entsorgt.

Tabelle 3.4.2: Bestand der in Österreich verfügbaren COVID-19-Arzneimittel (Stand 31.12.2025)

COVID-19 Arzneimittel Stand 31.12.2025	Lieferung nach Österreich	Abgabe an Patient:innen (Verbrauch)	Restbestand mit gültigem Shelf life	Anmerkung
Xevudy®	28.584	9.198	0	Arzneispezialitäten deren Haltbarkeitsdatum (shelf life) abgelaufen ist, wurden fachgerecht entsorgt.
Lagevrio®	130.240	27.374	0	
Regkirona®	60.000	109	0	
Paxlovid®	207.758	199.737	0	
Evusheld®	8.640	4.043	0	
Ronapreve®	28	0	0	
Summe	**435.250**	**240.461**	**0**	

www.parlament.gv.at

45 von 105

3.5 Abwassermonitoring

Aufbauend auf der EU-Empfehlung 2021 hat das BMSGPK im Jänner 2022 die „Nationale Referenzzentrale für SARS-CoV-2 Abwassermonitoring“ (NRZ) etabliert (Zeitraum der Beprobung 17.01.22-18.11.25). Zu ihren Aufgaben zählte die Probenahme an 2 Zeitpunkten pro Woche in strategisch ausgewählten Kläranlagen in Österreich, deren Transport in die entsprechenden Laboreinrichtungen, die Organisation der Laboranalyse und die entsprechende Berichterstattung an das BMASGPK.

Die NRZ wurde von der Arbeitsgemeinschaft Medizin unter der Projektleitung von Herrn Prof. Dr. Martin Steinlechner, stellvertretender Direktor des Instituts für Gerichtliche Medizin (GMI), Medizinische Universität Innsbruck (MUI) umgesetzt. Dieses Monitoring erfasste seit 17.01.22 die 24 größten Kläranlagen Österreichs. Im Dezember 2022 wurde das Monitoringprogramm um 8 Kläranlagen erweitert und im Jänner 2023 (KW 04/2023) vollumfänglich auf insgesamt 48 Kläranlagen ausgebaut, die mit ihrem Einzugsgebiet mehr als 58 % der österreichischen Bevölkerung abdeckten. Das Abwassermonitoring erfasste das SARS-CoV-2 Infektionsgeschehen in den an eine Kläranlage angeschlossenen Kommunen vergleichsweise schnell und kostengünstig. Erhoben wurden 2x pro Woche für jede Kläranlage die Virenfrachten (quantitative Analyse) sowie einmal wöchentlich durch Sequenzierung das Vorkommen von unbekannten Mutationen.

Die Daten, die durch das Nationale SARS-CoV-2 Abwassermonitoringprogramm erhoben wurden, wurden auf der Website www.abwassermonitoring.at und auf dem zugehörigen Dashboard für die Bevölkerung dargestellt.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2026 wurden vom BMASGPK für das Nationale SARS-CoV-2 Abwassermonitoringprogramm insgesamt rd. **6,0 Mio. €** ausgegeben.

Seit dem 19.11.2025 wird das nationale Abwassermonitoring durch eine an der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) angesiedelte Nationale Referenzzentrale für Abwassermonitoring fortgeführt (siehe https://abwasser.ages.at/).

Tabelle 3.5.1 Durchgeführte Laboranalysen unter Kostentragung des BMASGPK

Probenauswertung	Verfahren	Auswertende Institution	Anzahl Proben 1. Quartal 2025	Anzahl Proben 2. Quartal 2025	Anzahl Proben 3. Quartal 2025	Anzahl Proben 4.Quartal (bis 18.11.2025)	Anzahl Proben gesamt 2025
Quantitative Analyse	RT-qPCR	MUI-GMI	1.172	1.123	1.248	650	4.193
Variantenanalyse	Ganzgenom-sequenzierung	CeMM	537	376	585	287	1.785

MUI – Medizinische Universität Innsbruck, GMI – Institut für Gerichtliche Medizin, CeMM – Forschungszentrum für Molekulare Medizin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

www.parlament.gv.at

47 von 105

www.parlament.gv.at

Tabelle 3.5.2 Übermittelte Berichte

Titel des Berichts	Inhalt	Frequenz der Übermittlung	erhaltene Berichte 2025
Langbericht_BMSGPK_xxxx-xx-xx.pdf	Übersicht der Ergebnisse der quantitativen Analysen der beprobten Kläranlagen	2x/Woche	95
Abwasser_Varianten_Bericht_ xxxx-xx-xx.pdf	Zusammenfassung der Ergebnisse der Vollgenomsequenzierungen im jeweiligen Berichtszeitraum	1x/Woche	42

3.6 Verdienstentgang gemäß Epidemiegesetz

Gemäß einschlägiger Bestimmungen des Epidemiegesetzes 1950 (EpiG) wurde bis 31. Juli 2022 für Personen, denen auf Grund bestimmter Maßnahmen nach dem EpiG (insbesondere einer Absonderung wegen SARS-CoV-2) durch die Behinderung ihres Erwerbes Vermögensnachteile entstanden sind, an die Betriebe das Entgelt, das sie diesen Mitarbeiter:innen weiterhin ausbezahlt haben, auf Antrag durch die Bezirksverwaltungsbehörden refundiert. Im Zeitraum vom 1. August 2022 bis 30. Juni 2023 kam ein Verdienstentgang nur mehr in Ausnahmefällen in Betracht, nämlich dann, wenn bei einer Person auf Grund der in der COVID-19-Verkehrsbeschränkungsverordnung (COVID-19-VbV) vorgesehenen Maßnahmen eine Behinderung des Erwerbs eingetreten und dadurch ein Vermögensnachteil entstanden ist.

Seit 1. Juli 2023 unterliegen Verdachts-, Erkrankungs- und Todesfälle an SARS-CoV-2 nicht mehr der Anzeigepflicht nach dem EpiG, so dass seit diesem Zeitpunkt keine Ansprüche auf Vergütung von Verdienstentgang mehr entstehen können.

Der Bund ersetzt den Ländern diese Kosten (§ 36 Abs. 1 EpiG und der dazu ergangene Erlass zur Kostentragung).

Die beiliegende Übersichten 3.8.1 und 3.8.2 stellt die aktuelle Verteilung der Verdienstentgangszahlungen an die einzelnen Bundesländer dar, wobei festgehalten wird, dass dies noch keine Übersicht zu den gesamten Aufwendungen erlaubt, da nur jene Beträge ausgewiesen werden, die durch die Länder zur Refundierung eingereicht wurden. Dabei sind hinsichtlich der Zeitpunkte, die bereits zur Refundierung vorgelegt werden, deutliche Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten.

Seit Oktober 2022 verzeichnet das BMSGPK eine verstärke Aktivität in den Ländern um die bestehenden Rückstände aus der Bearbeitung der Anträge auf Verdienstentgang abzuarbeiten. Nach den dem BMASGPK zur Verfügung stehenden Unterlagen sind in den Bundesländern mit Stand Ende Juni 2026 noch rd. 1.500 Anträge auf Verdienstentgang nicht final erledigt. Hierbei handelt es sich um jene Anträge der Länder, die gemäß § 50 Abs. 38 EpiG eine Fristverlängerung über den 31.12.2024 hinaus gewährt bekommen haben.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 30.06.2026 wurden vom BMASGPK für die Verdienstentgänge nach den Bestimmungen des Epidemiegesetzes insgesamt bisher **rd. 2.461,6 Mio. €** ausgegeben.

Die genaue Aufschlüsselung der bislang an die Bundesländer refundierten Aufwendungen kann den Tabellen 3.8.1 und 3.8.2 entnommen werden.

3.7 Schutzausrüstung

Im Rahmen des bisherigen Verlaufes der Pandemie wurden insgesamt für Schutzausrüstung rund **628,0 Mio. €** aufgewendet, davon im Rahmen der Vollziehung des Zweckzuschussgesetzes rund 543,0 Mio. €, der Bestimmung im ASVG und der Parallelgesetze rund 61,9 Mio. € und für Beschaffungen des BMSGPK direkt für spezielle Zwecke gemäß COVID ErmächtigungsG rund 23,1 Mio. € (siehe auch Tabelle 3.8.1 bis 3.8.4).

3.8 Tabellarische Darstellung der Zahlungen aus der UG 24

Titel	**Kosten Epidemiegesetz (DB 24.01.01.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	**8.232.000,00 €** (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 sind bestimmte klar definierte Kosten aus dem Bundesschatz zu bestreiten. Kostenersätze gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, im Zusammenhang mit COVID-19, wurden allen Bundesländern sowie der AGES gewährt. Die Vollziehung des Epidemiegesetzes erfolgt in den Bundesländern in mittelbarer Bundesverwaltung nach Art. 102 B-VG. Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 COVID-19-ScreeningV (BGBl. II Nr. 142/2022)
Materielle Auswirkungen	Kostenersätze gemäß § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz sind im Berichtszeitraum gemäß folgender littera aus dem Bundesschatz bestritten worden: a) die Kosten von Screeningprogrammen nach § 5a; b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen; d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17); f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohner:innen verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24); g) die Gebühren der Epidemieärzt:innen (§ 27); i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32); n) die Kosten für die Beauftragungen nach § 5 Abs. 4 und § 27a. Kostenersätze für die Ausstellung von Zertifikaten zum Nachweis der Durchführung eines Tests auf eine Infektion, einer überstandenen Infektion und einer Schutzimpfung gem. §§ 4b bis § 4e Epidemiegesetz 1950. Kostenersätze für die Durchführung des Abwassermonitorings (Maßnahme nach § 5a Epidemiegesetz). <u>Anmerkung:</u> Mit BGBl I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden im Jahr **2026** aufgrund des § 36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2026	Gesamt
§36(1) a Screeningprogramme	-27.631,00	0,00	-27.631,00
§36(1) b Untersuchungen	0,00	0,00	0,00
§36(1) d Absonderung v. Personen	0,00	0,00	0,00
§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	0,00	0,00	0,00
§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	316.637,00	0,00	316.637,00
§ 36 (1) i Verdienstentgang	-144.448,54	69.056,60	-75.391,94
§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	187.277,77	0,00	187.277,77
Zertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00	0,00
Sonst. Aufwendungen AGES	0,00	0,00	0,00
Summe	**331.835,23**	**69.056,60**	**400.891,83**

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	Gesamt
§36(1) a Screeningprogramme	851.345.538,68	-27.631,00	851.317.907,68
§36(1) b Untersuchungen	811.590.486,20	0,00	811.590.486,20
§36(1) d Absonderung v. Personen	1.266.929,81	0,00	1.266.929,81
§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	189.781,53	0,00	189.781,53
§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	49.457.487,66	316.637,00	49.774.124,66
§ 36(1) i Verdienstentgang	2.461.708.254,61	-75.391,94	2.461.632.862,67

§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	165.537.908,45	187.277,77	165.725.186,22
Zertifikate Epidemie-gesetz	4.809.916,70	0,00	4.809.916,70
Sonst. Aufwendun-gen AGES	15.274.923,71	0,00	15.274.923,71
Summe	**4.361.181.227,35**	**400.891,83**	**4.361.582.119,18**

III-403 der Beilagen XXVIII. GP - Bericht - Hauptdokument

www.parlament.gv.at

Tabelle 3.8.1 Refundierung für COVID-Kosten gemäß EpidemieG Jänner bis Juni 2026

2026 - gesamt Epidemiegesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2026

(Beträge in €)

Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberösterr.	Niederösterr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	UniWien	ELGA GmbH	ÖRK	Österreich
a) Screenings	-60.496,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	32.865,00	0,00	0,00	0,00	**-27.631,00**
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
g) die Gebühren der Epidemieärzte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	316.637,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**316.637,00**
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	41.624,36	1.344,59	0,00	-170.110,84	2.896,79	32.187,28	16.665,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**-75.391,94**
n) §27a Beauftragungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	187.277,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**187.277,77**
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
Summe Zahlungen 2026	**-18.871,64**	**1.344,59**	**0,00**	**-170.110,84**	**2.896,79**	**32.187,28**	**333.302,88**	**0,00**	**187.277,77**	**0,00**	**32.865,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**400.891,83**

Tabelle 3.8.2 Refundierung für COVID-Kosten gemäß EpidemieG 2020 bis Juni 2026

Epidemiegesetz gesamt seit 2020

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer seit Pandemiebeginn

Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberösterr.	Niederösterr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	UniWien	ELGA GmbH	ÖRK	Österreich
a) Screenings	397.122.469,38 €	13.668.500,82 €	48.990.168,94 €	206.518.899,85 €	10.715.583,97 €	49.444.873,74 €	36.070.877,16 €	35.444.258,11 €	9.654.964,72 €	36.646.192,07 €	5.645.457,50 €	1.000.945,10 €	394.716,32 €	0,00 €	**851.317.907,68 €**
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	236.546.164,42 €	67.844.681,93 €	85.130.940,95 €	92.823.337,88 €	41.590.068,32 €	73.324.733,34 €	22.173.237,54 €	110.059.212,93 €	24.094.703,91 €	58.003.404,98 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	**811.590.486,20 €**
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	714.818,20 €	49.116,20 €	16.691,40 €	8.136,71 €	29.398,28 €	1.226,40 €	198.851,00 €	242.763,54 €	5.928,08 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	**1.266.929,81 €**
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	585,60 €	52.392,50 €	3.353,39 €	133.450,04 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	**189.781,53 €**
g) die Gebühren der Epidemieärzte	4.764.555,44 €	265.801,50 €	608.341,78 €	17.226.267,72 €	1.392.190,09 €	8.385.292,78 €	10.341.116,65 €	5.452.515,49 €	1.338.043,21 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	**49.774.124,66 €**
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	303.890.378,92 €	226.653.018,42 €	451.474.849,08 €	411.625.873,57 €	55.919.328,67 €	300.101.273,31 €	129.301.279,23 €	427.062.262,56 €	155.604.598,91 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	**2.461.632.862,67 €**
n) §27a Beauftragungen	27.855.732,90 €	1.510.853,74 €	39.611.059,78 €	43.552.820,14 €	3.859.491,44 €	15.947.553,48 €	7.416.389,21 €	10.779.395,47 €	5.492.679,11 €	9.699.210,95 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	**165.725.186,22 €**
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.959.648,10 €	0,00 €	0,00 €	2.850.268,60 €	0,00 €	**4.809.916,70 €**
AGES sonstiger Aufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	15.139.923,71 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	135.000,00 €	**15.274.923,71 €**
Summe Zahlungen bis 2026	970.894.119,26 €	309.991.972,61 €	625.832.051,93 €	771.755.335,87 €	113.506.060,77 €	447.205.538,65 €	205.554.143,29 €	589.043.761,49 €	196.324.367,98 €	121.448.379,81 €	6.289.827,60 €	3.206.843,60 €	3.206.843,60 €	**135.000,00 €**	**4.361.582.119,18 €**

www.parlament.gv.at

55 von 105

Titel	**Umsetzung der 3G- Regelung (genesen, getestet und geimpft) durch Screening Portal „Österreich testet“, E-Impfpass und Grüner Pass (DB 24.01.01.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	**8.232.000,00 €** (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	Um allen COVID-19 Getesteten, Genesenen und Geimpften eine rasche Rückkehr in den Alltag zu ermöglichen, wurde sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene ein einheitlich gestalteter Nachweis (Grüner Pass) geschaffen. Ebenso war der E-Impfpass wesentlich an der Funktionsweise des Grünen Passes beteiligt. Als drittes Element in diesem Kontext war auch der Betrieb des Screeningportal „Österreich testet“ anzuführen, um auch die getesteten Personen zu erfassen. Um eine Kompatibilität zwischen allen angeführten Systemen zu gewährleisten sowie die Ausfallsicherheit und die Anfragekapazitäten zu erhöhen, waren hier Aufwendungen in den Bereichen Entwicklung und IT Infrastruktur notwendig. Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 und COVID-19-Maßnahmengesetz <u>Anmerkung:</u> Mit BGBl I Nr. 69/2023 laufen die für die Pandemie relevanten Sonderregelungen des Epidemiegesetzes aus, wurden aufgehoben bzw. in Regelstrukturen übergeführt. Die Kostenersatzpflicht des Bundes für Sachverhalte die vor dem 30.06.2023 stattgefunden haben, bleibt weiterhin aufrecht.
Materielle Auswirkungen	Betrieb des Grünen Passes zum Nachweis der Immunität gegen SARS-CoV 2.

Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
Österreich testet	20.952.115,08	0,00	0,00
e-Impfpass	2.632.511,23	0,00	0,00
Grüner Pass	14.660.661,62	0,00	0,00
Summe	**38.245.287,93**	**0,00**	**38.245.287,93**

Titel	**Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz (DB 24.01.01.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisen-bewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2026 Von den im Dezember 2021 getätigten Vorauszahlungen für bereits vorgelegte Abrechnungen wurden im Berichtszeitraum vollständig iHv. **743.000.000,00 €** abgerechnet. Die Tabelle 3.8.4 gibt Aufschluss über die im Berichtzeitraum erfolgten Abrechnungen und deren Verwendung.
Beschreibung der Maßnahmen	Für bestimmte den Ländern entstandene und klar definierte, zusätzlich aufgrund der COVID-19-Krise entstandene Aufwendungen leistet der Bund einen Zweckzuschuss. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (COVID-19-Zweckzuschussgesetz) zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 206/2022
Materielle Auswirkungen	Zweckzuschüsse nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz werden auf Antrag der Länder für nachfolgend genannte Kategorien gewährt: ◦ §1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung im Zeitraum März 2020 bis Dezember 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten für die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450 sowie für telefonische Gesundheitsberatungen mit gleicher Ausrichtung wie die Rufnummer 1450 im Zeitraum März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler im Zeitraum Dezember 2020 bis März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 5 – Alle im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandenen Kosten, wie Infrastrukturkosten sowie Recruiting- und Schulungskosten im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1 Abs. 1 Z. 6 –für den administrativen Aufwand im Zusammenhang mit nach den Bestimmungen des § 5 und des § 5a Epidemiegesetz 1950 angeordneten und nach der Verordnung gemäß § 5a Epidemiegesetz 1950 durchzuführenden Testungen im Zeitraum von März 2020 bis Juni 2023 ◦ §1a – Bevölkerungsweite Testungen bis 31. März 2022 o davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1a Z 2 o davon Aufwandsentschädigungen, die von den Ländern und Gemeinden an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen gewährt werden - §1a Z 5 ◦ §1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen bis Juni 2023 o davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten- §1b Z 3 ◦ §1c – COVID-19-Tests in Apotheken, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022

<table>
<tr><td></td><td>

§1d – Abgabe COVID-19-Selbsttests, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 30. Juni 2023
§1e – Mehraufwand Rettungs- und Krankentransportdienste bis 31. Dezember 2022
§1f - Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)

</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>
Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2026 bis zum Monatsende des Berichtzeitraumes gemäß COVID-19-Zweckzuschussgesetz getätigt (Beträge in €):
<table>
<tr><th></th><th>Vormonate</th><th>Juni 2026</th><th>gesamt</th></tr>
<tr><td>§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung</td><td>44.644,80</td><td>0,00</td><td>44.644,80</td></tr>
<tr><td>§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>§1a – Bevölkerungsweite Testungen</td><td></td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>§1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen</td><td>114.192,50</td><td>0,00</td><td>114.192,50</td></tr>
<tr><td>§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>158.837,30</td><td>0,00</td><td>158.837,30</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	542.996.500,46	44.644,80	543.041.145,26
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	74.287.023,43	0,00	74.287.023,43
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	136.440.579,90	0,00	136.440.579,90
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z. 2 entstandene Kosten	9.294.092,72	0,00	9.294.092,72
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	408.672.369,29	0,00	408.672.369,29
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	1.196.925.479,02	0,00	1.196.925.479,02
§1b – Bevölkerungsweite Impfaktionen	527.960.883,10	114.192,50	528.075.075,60
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	18.364.941,84	0,00	18.364.941,84
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	6.080.920,60	0,00	6.080.920,60
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	30.297.308,25	0,00	30.297.308,25
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	70.977.771,82	0,00	70.977.771,82
noch nicht gegenverrechnetes Akonto	0,00	0,00	0,00
Summe	**3.022.297.870,42**	**158.837,30**	**3.022.456.707,72**

Zusätzlich sind zu diesen Beträgen **463.895,28 €** an Kosten für die externe Prüfung der Abrechnungen der Länder durch die **Buchhaltungsagentur** des Bundes hinzuzurechnen.

Tabelle 3.8.3: Refundierung an die Länder gemäß ZweckzuschussG Jänner bis Juni 2026

2026 - gesamt Zweckzuschussgesetz

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2026

(Beträge in €)

Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterr.	Niederösterr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	0,00	4.084,80	0,00	40.560,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**44.644,80**
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
Testungen - gesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
Impfstellen - gesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	114.192,50	0,00	0,00	**114.192,50**
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	**0,00**
§1d COVID-19-Selbsteststst, Abgabe in Apotheken, KFA	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	**0,00**
§1e Mehraufwand	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	**0,00**
§ 1f Ao. Zuwendungen	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	**0,00**
Summe Zahlungen 2026	0,00	4.084,80	0,00	40.560,00	0,00	0,00	114.192,50	0,00	0,00	**158.837,30**

www.parlament.gv.at

61 von 105

www.parlament.gv.at

Tabelle 3.8.4: Refundierung an die Länder gemäß ZweckzuschussG 2020 bis Juni 2026

Zweckzuschuss gesamt seit 2020

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer seit Pandemiebeginn

Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterr.	Niederösterr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	193.714.466,44 €	14.485.636,01 €	114.735.590,71 €	69.745.187,94 €	8.689.592,76 €	58.929.675,07 €	18.830.209,33 €	52.933.780,87 €	10.977.006,13 €	**543.041.145,26 €**
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	48.869.307,28 €	2.966.641,85 €	2.433.297,19 €	4.588.710,96 €	0,00 €	3.669.619,36 €	403.450,02 €	5.602.107,97 €	5.753.888,80 €	**74.287.023,43 €**
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	112.401.327,10 €	2.251.983,29 €	12.653.711,19 €	2.862.881,00 €	669.037,39 €	873.093,84 €	586.842,94 €	399.602,40 €	3.742.100,75 €	**136.440.579,90 €**
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	6.252.173,81 €	477.639,98 €	202.395,96 €	753.207,14 €	47.388,62 €	1.099.461,78 €	32.458,01 €	250.893,22 €	178.474,20 €	**9.294.092,72 €**
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	196.980.830,52 €	26.221.158,42 €	28.298.922,76 €	36.112.954,24 €	8.509.576,02 €	19.436.864,55 €	15.850.494,40 €	60.397.458,43 €	16.864.109,95 €	**408.672.369,29 €**
§1a Testungen	444.427.242,23 €	41.776.678,69 €	222.646.978,61 €	78.461.871,38 €	17.501.559,97 €	200.298.238,44 €	14.521.284,52 €	152.355.012,99 €	**24.936.612,19 €**	**1.196.925.479,02 €**
§1b Impfstellen	256.428.460,26 €	10.252.169,11 €	44.705.438,22 €	27.941.088,06 €	7.001.212,65 €	120.126.901,88 €	19.434.589,05 €	26.161.692,89 €	16.023.523,48 €	528.075.075,60 €
davon:										
§1b >§1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	256.428.460,26 €	9.190.739,78 €	44.705.438,22 €	27.941.088,06 €	7.001.212,65 €	98.065.683,85 €	9.093.367,42 €	23.898.290,90 €	10.704.855,77 €	487.029.136,91 €
§1b >§1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00 €	7.284,30 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	2.183.138,50 €	0,00 €	15.097,83 €	2.205.520,63 €
§1b>§1aZ5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwilige	0,00 €	1.054.145,03 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	22.061.218,03 €	8.158.083,13 €	2.263.401,99 €	5.303.569,88 €	38.840.418,06 €
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	11.760.250,00 €	300.125,00 €	4.204.609,96 €	0,00 €	0,00 €	1.571.935,00 €	0,00 €	528.021,88 €	0,00 €	**18.364.941,84 €**
§1d COVID-19-Selbsteststst, Abgabe in Apotheken, KFA	3.425.830,01 €	153.980,00 €	2.122.249,47 €	0,00 €	0,00 €	323.490,00 €	0,00 €	55.371,12 €	0,00 €	**6.080.920,60 €**
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen	4.256.627,97 €	1.866.940,00 €	4.358.374,27 €	8.764.031,99 €	851.955,40 €	5.642.098,62 €	2.155.050,00 €	1.042.420,00 €	1.359.810,00 €	**30.297.308,25 €**
§ 1f Ao. Zuwendungen	17.780.400,00 €	4.813.500,00 €	13.093.700,00 €	10.943.500,00 €	1.451.000,00 €	10.531.000,00 €	4.270.024,00 €	5.627.147,82 €	2.467.500,00 €	**70.977.771,82 €**
offenes Akonto 2020	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	**0,00 €**
Akonto	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	**0,00 €**
Summe Zahlungen bis 2026	**1.296.296.915,61 €**	**105.566.452,35 €**	**449.455.268,34 €**	**240.173.432,71 €**	**44.721.322,81 €**	**422.502.378,54 €**	**76.084.402,27 €**	**305.353.509,59 €**	**82.303.025,50 €**	**3.022.456.707,72 €**

Tabelle 3.8.5: Verbrauch der im Jahr 2021 geleisteten Akontozahlungen

Akonto

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer Verbrauch Akonto

(Beträge in €)

Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterr.	Niederösterr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	2.128.427,96	3.767.543,02	9.591.598,98	11.258.868,87	4.893.428,40	15.080.352,81	4.412.360,39	7.548.916,48	530.690,03	**59.212.186,94**
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	3.439.814,47	1.124.092,06	1.012.771,97	945.876,99		775.124,98	149.042,58	1.728.277,72	1.117.455,01	**10.292.455,78**
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	8.871.191,24		1.833.763,09	45.517,00	85.739,01	157.923,02	300.111,65		172.009,95	**11.466.254,96**
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	116.098,72	346.228,12	87.023,72		47.388,62	132.604,93	32.458,01	28.932,43	5.854,55	**796.589,10**
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwasnd izH mit §5 EpiG Untersuchungen	5.595.481,87	5.336.077,71	8.237.518,00	10.756.759,21	2.603.907,10	6.834.276,72	7.865.815,72	517.284,52	3.419.739,17	**51.166.860,02**
Testungen - gesamt	40.492.165,99	13.674.810,60	104.362.041,54	42.996.203,91	12.870.217,10	98.078.611,07	5.396.996,56	113.265.198,00	6.268.923,79	**437.405.168,56**
davon:										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und Aufwandsentschädigungen)	*40.492.165,99*	*13.327.279,22*	*104.362.041,54*	*42.996.203,91*	*12.862.597,10*	*97.029.939,75*	*5.169.544,17*	*113.265.198,00*	*6.268.923,79*	***435.773.893,47***
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten		*81.562,38*			*-8.190,00*	*1.048.671,32*	*68.722,25*			***1.190.765,95***
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige		*265.969,00*			*15.810,00*		*158.730,14*			***440.509,14***
Impfstellen - gesamt:	22.912.608,02	1.502.457,2100	11.216.486,9700	291.467,2900	5.754.191,0700	49.073.413,6300	12.327.239,1800	9.216.375,1800	6.204.852,9100	**118.499.091,46**
davon:										
§1b >§1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	*22.912.608,01600*	*1.221.685,75*	*11.216.486,97*	*291.467,29*	*5.754.191,07*	*41.782.928,10*	*1.986.017,55*	*8.442.784,68*	*4.836.015,41*	***98.444.184,84***
§1b >§1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten							*2.183.138,50*			***2.183.138,50***
§1b>§1aZ5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwilige		*280.771,46*				*7.290.485,53*	*8.158.083,13*	*773.590,50*	*1.368.837,50*	***17.871.768,12***
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	*1.806.560,20*	*92.425,00*	*3.561.530,29*			*984.310,00*	*0,00*	*464.306,68*		***6.909.132,17***
§1d COVID-19-Selbsteststst, Abgabe in Apotheken, KFA	603.918,67	75.430,00	720.043,97			186.310,00	0,00			**1.585.702,64**
§1e Mehraufwand Rettungsorganisationen		250.000,00	1.081.504,61	2.693.703,41	714.345,40	1.164.437,36	1.701.900,00		207.795,78	**7.813.686,56**
§ 1f Ao. Zuwendungen			13.093.700,00	10.943.500,00	1.451.000,00		4.270.024,00	5.627.147,82	2.467.500,00	**37.852.871,82**
Summe	**85.966.267,13**	**26.169.063,72**	**154.797.983,14**	**79.931.896,68**	**28.420.216,70**	**172.467.364,52**	**36.455.948,09**	**138.396.438,83**	**20.394.821,19**	**743.000.000,00**
Akontozahlung	85.966.267,13	26.169.063,72	154.797.983,14	79.931.896,68	28.420.216,70	172.467.364,52	36.455.948,09	138.396.438,83	20.394.821,19	**743.000.000,00**
Akonto Rest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

www.parlament.gv.at

63 von 105

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Impffinanzierungsgesetz (DB 24.01.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026
(gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Zweckzuschussgesetz und Impffinanzierungsgesetz)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Schon bisher wurden die Länder durch die Leistung von Zweckzuschüssen nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz vom Bund in großem Umfang finanziell unterstützt. Aufgrund des Auslaufens des COVID-19-Zweckzuschussgesetz mit Ablauf des 30. Juni 2023 wurden mit dem Bundesgesetz über Zweckzuschüsse an Länder und Gemeinden für die Durchführung der Corona-Schutzimpfung (COVID-19-Impffinanzierungsgesetz) die Länder weiter bei der Abwicklung der Corona-Schutzimpfung durch Zweckzuschüsse unterstützt. Im Sinn einer kosteneffizienten Durchführung der Impfungen erfolgt ab dem 1. Juli 2023 der Ersatz der Aufwendungen mittels Fallpauschalen. Das gewährt den Ländern weitestgehende Flexibilität hinsichtlich der Auswahl der Durchführungsmöglichkeiten.

Grundlage:
COVID-19-Impffinanzierungsgesetz BGBl. I Nr. 69/2023</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Da es sich beim COVID-19-Impffinanzierungsgesetz um eine finanzausgleichsrechtliche Regelung handelt, beziehen sich die Kostenersätze lediglich auf COVID-19-Impfungen, die im Auftrag der Länder oder Gemeinden oder direkt von diesen durchgeführt werden.

Der Bund leistet Zweckzuschüsse an die Länder und Gemeinden für die Durchführung der COVID-19-Impfungen in der Höhe von 20 € pro nachweislich verabreichter Impfung. Bisher wurde vom Bund die Durchführung von 33.080 Impfungen finanziert.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):
<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>661.600,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">661.600,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Ankauf Selbsttests zur Abgabe in Apotheken (DB 24.01.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Öffentliche Apotheken waren berechtigt für die Dauer der COVID-19-Pandemie SARS-CoV-2-Antigentests abzugeben.
Die Beschaffung der Antigentests erfolgte über den Bund (BMSGPK), die Tests werden den Apotheken zur Verfügung gestellt.

Gesetzliche Grundlage:
§ 742b ASVG, BGBl. I Nr. 22/2022</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Gemäß der Neuausrichtung der Teststrategie wurden seit April 2022 SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung der österreichischen Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung der Tests erfolgte durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die BBG.

Im Zeitraum von April 2022 bis Dezember 2023 wurden insgesamt rund 61,5 Mio. Selbsttests vom BMSGPK bestellt. Außerdem wurden seitens des Landes Oberösterreich 1 Mio. Stück kostenlos zur Verfügung gestellt. Somit beträgt die Gesamtsumme an Tests rd. 62,5 Mio. Stück.

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie rund 188,4 Mio. Stück Selbsttests vom BMGSPK angekauft.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>262.472.048,61</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">262.472.048,61</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>COVID-19-Impfpflichtgesetz (DB 24.01.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026
2.403.839,73 € im Jahr 2022 ausbezahlt
91.589,81 € im Jahr 2023 ausbezahlt</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit wurden Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, mit dem Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19 Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG), BGBl. I Nr. 4/2022, verpflichtet, sich einer Schutzimpfung gegen COVID-19 zu unterziehen.

Es wurden rund 4,8 Mio. Haushalte mit einem entsprechenden Informationsschreiben über das Inkraftretens des Impfpflichtgesetzes in Kenntnis gesetzt.

Im Rahmen der Umsetzung des Impfpflichtgesetzes wurden auch zur Vorbereitung dieser Maßnahmen IT-Dienstleistungen beauftragt. Infolge der Aufhebung des Impfpflichtgesetztes waren diese Aufwendungen von den Vertragspartnern vertragsgemäß teilweise erbracht worden. Die bis zur Aufhebung des Impfpflichtgesetzes erbrachten Leistungen waren vom BMSGPK zu finanzieren.

Die Kosten von Epidemieärzten die in Vollziehung des § 17 Impfpflichtgesetz angefallen sind, sind vom BMSGPK den Ländern zu refundieren.</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden 4.762.918 Schreiben verschickt.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Informationsschreiben Impfpflicht</td><td>1.019.523,29</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Ärzte Impfpflicht</td><td>80.137,50</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>IT-Dienstleistungen</td><td>1.395.768,75</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">2.495.429,54</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Ausbau der Testkapazitäten der AGES (DB 24.01.02.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026
4.189.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Mit dem 16. Covid-19-Gesetz BGBl. Nr. 43/2020 wurde das Epidemiegesetz 1950 novelliert und Aufgaben festgelegt, die von der AGES administrativ bzw. organisatorisch im Auftrag des BMSGPK durchzuführen sind:

1. Vornahme PCR-Tests gem. § 5 und nach § 5 Abs. (4) Sachverständigentätigkeit bei der Clusterabklärung
2. § 27a Unterstützung der zuständigen Landesbehörden bei der Durchführung des Contact Tracing im Ausbruchsfall
3. § 5a Durchführung von Screeningprogrammen im Rahmen der Bekämpfung von COVID-19
4. § 5b Register für Screeningprogramme

Es erging daher seitens des BMSGPK als Eigentümer der AGES die Weisung an die Geschäftsführung der AGES für die Bereitstellung der notwendigen administrativ organisatorischen sowie personellen Strukturen in der AGES Vorsorge zu treffen. Der Eigentümer verpflichtete sich im Gegenzug die daraus erwachsenen Kosten der AGES zu ersetzen.

Grundlage:
§§ 5, 5a und 27a Epidemiegesetz 1950</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Investitionen der AGES gliederten sich in folgende Bereiche:

COVID-19 bedingte Investitionen – offene Systeme + Probenvorbereitungssysteme (unter anderem wurden folgende Geräte in mehrfachen Ausführungen angeschafft: Automatisches Probenverteilsystem, Real-Time PCR Geräte, Zell Imaging System, Pipettenroboter, ELISA-Vollautomat): 2.365.000,00 €
• 2x PCR-Großgeräte, je eines für Wien-Währingerstraße und Graz: 504.000,00 €
• Next-Generation-Sequencing-Gerät für MED Währinger Straße: 360.000,00 €
• Sanierung Covid Labor Mödling Biosicherheitslevel 2: 960.000,00 €</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):
<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>4.189.000,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">4.189.000,00</td></tr>
</table></td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Österreichische Gesundheitskasse (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026
60.000.000,00 € im Jahr 2020 ausbezahlt</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Der Gesetzgeber hatte beschlossen, der Österreichischen Gesundheitskasse aufgrund der Mehraufwendungen durch die COVID-19-Krisensituation für das Geschäftsjahr 2020 einen einmaligen Betrag iHv. 60 Mio. € zur Verfügung zu stellen.

Gesetzliche Grundlage:
§ 80a Abs. 9 ASVG, BGBl. I Nr. 16/2020 (2. COVID-19-Gesetz)</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Seitens der ÖGK wurden Mehraufwendungen in folgenden Bereichen angeführt:
Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen: Ausbau Visitendienste, Aufhebung von Limitierungen, Anstieg Psychotherapie
Heilmittel (Arzneien): Steigerung bei hochpreisigen Medikamenten, weniger Spitalsaufenthalte = verstärkte Versorgung im niedergelassenen Bereich
Beschaffung: Schutzausrüstung, erweiterte Reinigung
Eigene Einrichtungen: Teilweise Schließung, Mindereinnahmen bei Kostenbeiträgen
IT-Management: Umfangreiche Arbeiten bzgl. Homeoffice</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>60.000.000,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">60.000.000,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Titel	**Freistellung und Risikoatteste gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	**10.000.000,00 €** (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)
Beschreibung der Maßnahmen	Der Gesetzgeber hatte die Möglichkeit zur Freistellung von Arbeitnehmer:innen, geringfügig Beschäftigten und Lehrlingen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit einen schweren Krankheitsverlauf zu befürchten haben, beschlossen (Risikogruppe). Per Verordnung des Gesundheitsministers war festzulegen, wer der Risikogruppe angehört. Die Definition erfolgte anhand von Krankheitsdiagnosen. Das Risikoattest, welches Grundlage einer Freistellung war, war von einer/m Ärzt:in auszustellen, wofür der/m ausstellenden Ärzt:in ein pauschales Honorar von 50 € gebührte (bzw. 20 € für Folgeatteste, die nach dem 30.6.2021 ausgestellt wurden). Seit 15.12.2021 konnten nur mehr jene Personen ein Risikoattest erhalten, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können, bzw. bei denen trotz dreifacher Impfung ein hohes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf gegeben ist. Die freigestellten „Risikopatient:innen“ erhielten von den jeweiligen Arbeitgeber:innen weiterhin ihre Bezüge, die dadurch anfallenden Personalkosten wurden den Arbeitgeber:innen durch die ÖGK bzw. die BVAEB für die freigestellten Risikopersonen erstattet. Die ÖGK und die BVAEB haben Anspruch auf Ersatz der daraus resultierenden Aufwendungen aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds. Für die Vollziehung der Landarbeiter ist die jeweilige Landesregierung an Stelle der KV-Träger zuständig. Der Bund hat den Ländern die entstehenden Aufwendungen aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Maßnahme ist mit **30.06.2023** außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: § 735 ASVG, § 258 B-KUVG

<table>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>
Von den Trägern erstattete und vom BMSGPK erstattete Freistellungsfälle:
<table>
<tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>06/2020 – 06/2023</td><td>56.166</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>06/2020 – 06/2023</td><td>3.878</td></tr>
<tr><td>Länder</td><td>06/2020 – 03/2023</td><td>23</td></tr>
<tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>60.067</td></tr>
</table>
Von Ärzt:innen ausgestellte und seit Pandemiebeginn vom BMSGPK erstatte Risikoatteste:
<table>
<tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>06/2020 – 06/2023</td><td>79.554</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>06/2021 – 06/2023</td><td>14.859</td></tr>
<tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>94.413</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>
Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):
<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>186.546.154,98</td><td>0,00</td><td>186.546.154,98</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>18.620.245,86</td><td>0,00</td><td>18.620.245,86</td></tr>
<tr><td>Länder</td><td>515.598,81</td><td>0,00</td><td>515.598,81</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>205.681.999,65</td><td>0,00</td><td>205.681.999,65</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Tests in Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß §§ 742a ASVG, 380a GSVG, 374a BSVG und 261a B-KUVG waren die öffentlichen Apotheken (bzw. nach entsprechenden Novellen in weiterer Folge auch Ärzt:innen mit Hausapotheken und Vertragsärzt:innen im niedergelassenen Bereich, Vertragsgruppenpraxen und Vertragsambulatorien sowie nach der letzten Novelle seit September 2022 nur noch Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten und Vertragsambulatorien und das nur noch unter konkreten Voraussetzungen) berechtigt, COVID-19-Test durchzuführen.

Für die Durchführung eines Tests bezahlte der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar iHv. 25 €, womit auch Material, Auswertung, Dokumentation und die Ausstellung eines Ergebnisnachweises abgedeckt sind. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.

Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.

Gesetzliche Grundlage:
§ 742a ASVG, § 380a GSVG, § 374a BSVG und § 261a B-KUVG</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>In Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen durchgeführte und vom BMASGPK erstattete Tests:

<table>
<tr><th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>02/2021-03/2022
09/2022-06/2023</td><td>37.126.333</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>02/2021-03/2022
09/2022-06/2023</td><td>4.205.684</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>02/2021-03/2022
09/2022-06/2023</td><td>3.264.375</td></tr>
<tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>44.596.392</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden im Jahr **2026** bis zum Monatsende des Berichtzeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2026	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	0,00	0,00	0,00
SVS	0,00	0,00	0,00
Summe	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
ÖGK	936.990.840,25	0,00	936.990.840,25
BVAEB	106.193.495,75	0,00	106.193.495,75
SVS	82.425.468,75	0,00	82.425.468,75
Summe	**1.125.609.804,75**	**0,00**	**1.125.609.804,75**

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Tests im niedergelassenen Bereich an symptomatischen Patienten gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß §§ 742 ASVG, 380 GSVG, 374 BSVG und 261 B-KUVG waren die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen sowie die selbständigen Vertragsambulatorien für Labormedizin für die Dauer der durch die WHO ausgerufenen COVID-19-Pandemie unter den in der entsprechenden Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genannten Voraussetzungen (BGBl. I Nr. 69/2023) berechtigt, COVID-19-Tests durchzuführen.

Für das Material, die Probenentnahme, die Auswertung eines Antigentests und die dazugehörige Dokumentation hatte der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar zu bezahlen.
Die ausbezahlten Honorare werden dem Krankenversicherungsträger durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.

Die Maßnahme ist mit 31.03.2024 außer Kraft getreten.

Gesetzliche Grundlage:
§ 742 ASVG</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und vom BMASGPK erstattete Tests:

<table>
<tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2024</td><td>5.260.604</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>4.Qu.2020 – 4.Qu.2024</td><td>536.252</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2024</td><td>301.453</td></tr>
<tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>6.098.309</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden im Jahr **2026** bis zum Monatsende des Berichtzeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2026	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	0,00	0,00	0,00
SVS	2.475,00	0,00	2.475,00
Summe	**2.475,00**	**0,00**	**2.475,00**

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
ÖGK	163.347.879,65	0,00	163.347.879,65
BVAEB	17.088.325,00	0,00	17.088.325,00
SVS	10.342.505,00	2.475,00	10.344.980,00
Summe	**190.778.709,65**	**2.475,00**	**190.781.184,65**

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Abgabe von Tests zur Eigenanwendung gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG waren die öffentlichen Apotheken berechtigt, auf Rechnung des Krankenversicherungsträgers SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an bezugsberechtigte Personen abzugeben. Der Krankenversicherungsträger hatte pro abgegebener Packung (beinhaltet jeweils 5 Tests, von Juni bis Oktober 2021 jeweils 10 Tests, Beschaffung durch den Bund, Bedeckung durch DB 24.01.01) ein pauschales Honorar iHv. 10 € zu bezahlen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Berichterstattung bezieht sich auf den Zeitraum von Einführung der Maßnahme im März 2021 bis Oktober 2021 (Auslaufen der Maßnahme), sowie auf den Zeitraum ab April 2022 (Wiedereinführung).

Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.

Gesetzliche Grundlage:
§§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Von Apotheken abgegebene und vom BMASGPK erstattete Tests zur Eigenanwendung:

<table>
<tr><th>Träger</th><th>Zeitraum</th><th>Fallzahl</th></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>03/2021 - 10/2021
04/2022 - 06/2023</td><td>12.717.508
9.846.234</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>03/2021 - 10/2021
04/2022 - 06/2023</td><td>1.603.217
1.447.716</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>03/2021 - 10/2021
04/2022 - 06/2023</td><td>1.362.435
981.991</td></tr>
<tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>27.959.101</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden im Jahr **2026** bis zum Monatsende des Berichtzeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2026	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	0,00	0,00	0,00
SVS	0,00	0,00	0,00
Summe	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
ÖGK	227.893.794,20	0,00	227.893.794,20
BVAEB	30.814.423,30	0,00	30.814.423,30
SVS	23.678.702,60	0,00	23.678.702,60
Summe	**282.386.920,10**	**0,00**	**282.386.920,10**

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Covid-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Die im niedergelassenen Bereich tätigen Ärzt:innen, Gruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbständigen Ambulatorien sind berechtigt, Impfungen gegen SARS-CoV-2 mit dem vom Bund zur Verfügung gestellten und finanzierten Impfstoff auf Rechnung der Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB) durchzuführen. Das durch Verordnung des BMSGPK festgelegte pauschalierte Honorar in Höhe von 15 € (seit 01.07.2023; BGBl. I Nr. 69/2023) für die Durchführung der Impfung sowie für die jeweilige Dokumentation ist von dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger zu bezahlen und durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Vor dem 01.07.2023 wurden die tatsächlich angefallenen Aufwendungen der Träger aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt. Seit dem 01.07.2024 gilt dies auch für Impfungen, die von einer durch ein Bundesland oder eine Gemeinde eingerichteten öffentlichen Impfstelle durchgeführt wurden.

Die Maßnahme ist derzeit bis zum 30.03.2027 in Kraft.

Gesetzliche Grundlage:
§ 747 ASVG, § 384 GSVG, § 378 BSVG und § 263B-KUVG</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und vom BMASGPK erstattete Impfungen:

<table>
<tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>1.Qu.2021 – 3.Qu.2025</td><td>5.664.696</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>1.Qu.2021 – 4.Qu.2025</td><td>1.036.712</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>1.Qu.2021 – 1.Qu.2025</td><td>840.829</td></tr>
<tr><td></td><td>Gesamt</td><td>7.542.237</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden im Jahr **2026** bis zum Monatsende des Berichtzeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2026	gesamt
ÖGK	217.395,00	0,00	217.395,00
BVAEB	63.240,00	753.000,00	816.240,00
SVS	6.210,00	0,00	6.210,00
Summe	**286.845,00**	**753.000,00**	**1.039.845,00**

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
ÖGK	119.710.662,14	217.395,00	119.928.057,14
BVAEB	19.994.775,00	816.240,00	20.811.015,00
SVS	17.494.780,00	6.210,00	17.500.990,00
Summe	**157.200.217,14**	**1.039.845,00**	**158.240.062,14**

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Honorar Apotheken Impfstoffabgabe (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß § 747 Abs. 3 ASVG hat die Österreichische Gesundheitskasse den öffentlichen Apotheken für das Aushändigen von Vials (Impffläschchen) ein Honorar in Höhe von 5 € pro Stück zu bezahlen.

Die Maßnahme ist derzeit bis zum 30.03.2027 in Kraft.

Gesetzliche Grundlage: § 747 Abs. 3 ASVG</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Bis zum 30.06.2026 wurden die Honorare für die Abgabe von 926.491 Vials erstattet.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>4.118.500,00</td><td>82.005,00</td><td>4.200.505,00</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>4.118.500,00</td><td>82.005,00</td><td>4.200.505,00</td></tr>
</table>

Aufgrund von Nachverrechnungen, die erst nach Meldung der Statistikdaten durchgeführt wurden, kann es zu geringfügigen Abweichungen zwischen der angegebenen Stückzahl und dem Auszahlungsbetrag kommen.</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Honorar Ausdruck Impfpass/Impfzertifikat (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß §§ 747 (2b) ASVG, 384 (2a) GSVG, 378 (2a) BSVG und 263 (2a) B-KUVG war vorgesehen, dass die zuständigen Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB,) den im niedergelassenen Bereich tätigen Ärztinnen und Ärzten, den Gruppenpraxen, den Primärversorgungseinheiten, den selbständigen Ambulatorien (Leistungserbringer:innen) und den öffentlichen Apotheken unter bestimmten Voraussetzungen für Ausdrucke aus dem Elektronischen Impfpass bzw. Ausstellungen eines Impfzertifikats nach § 4e Abs. 4 Epidemiegesetz 1950 ein Honorar von 3 € bezahlen.

Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Bis zum Monatsende des Berichtzeitraumes erstattete Ausdrucke aus dem e-Impfpass/Impfzertifikate:

<table>
<tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>2.Qu. 2021 – 1.Qu. 2024</td><td>4.564.184</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2024</td><td>569.703</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2023</td><td>474.328</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">5.608.215</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Finanzielle Auswirkungen

Folgende Zahlungen wurden im Jahr **2026** bis zum Monatsende des Berichtzeitraumes getätigt (Beträge in €):

	Vormonate	Juni 2026	gesamt
ÖGK	0,00	0,00	0,00
BVAEB	0,00	0,00	0,00
SVS	0,00	0,00	0,00
Summe	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
ÖGK	13.692.675,00	0,00	13.692.675,00
BVAEB	1.704.636,00	0,00	1.704.636,00
SVS	1.422.984,00	0,00	1.422.984,00
Summe	**16.820.295,00**	**0,00**	**16.820.295,00**

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Elektronischer Impfpass Software Implementierung (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Um die Erfassung der durchgeführten Impfungen im Elektronischen Impfpass nutzerfreundlich zu gestalten und dabei auf breite Mitwirkung der Ärzteschaft zu setzen, mussten die unterschiedlichen, bereits bestehenden Softwaresysteme im niedergelassenen Bereich entsprechend adaptiert werden. Die Kosten für die Softwareimplementierung werden vom Bund übernommen.
Jene Ärztinnen und Ärzte, Gruppenpraxen, selbstständigen Ambulatorien, die in einem Vertragsverhältnis zu einem Krankenversicherungsträger stehen, sowie Primärversorgungseinheiten und öffentliche Apotheken erhalten die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten, die für die Implementierung der für den Elektronischen Impfpass notwendigen Software sowie die Anschaffung eines Scanners angefallen sind, gegen entsprechenden Nachweis durch die Österreichische Gesundheitskasse ersetzt.
Dies gilt auch für jene Wahlärztinnen und Wahlärzte bzw. Wahl-Gruppenpraxen, die am 31. Dezember 2020 an das e-card-System angebunden waren. Die ersetzbaren Kosten sind mit maximal 1.300 € begrenzt.

Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.

Gesetzliche Grundlage: § 748 ASVG</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Refundierte Softwareimplementierungen:

<table>
<tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>1. Qu.2021 - 4.Qu. 2023</td><td>5.610</td></tr>
<tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>5.610</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>7.100.000,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">7.100.000,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Titel	**Beschaffung von Schutzausrüstung gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	**10.000.000,00 €** (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)
Beschreibung der Maßnahmen	Gem. § 741 ASVG war die ÖGK für die Dauer der COVID-19-Pandemie verpflichtet, für die Leistungserbringung diverser Berufsgruppen im Gesundheits- und Pflegebereich die zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung notwendigen Produkte zu beschaffen und diese den jeweiligen gesetzlichen bzw. beruflichen Interessenvertretungen zur Verteilung zur Verfügung zu stellen. Der Bund hat der Österreichischen Gesundheitskasse die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten für die beschafften Produkte sowie die Kosten für die notwendige Logistik und Lagerhaltung aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten. Gesetzliche Grundlage: § 741 ASVG
Materielle Auswirkungen	Von der **ÖGK** wurde im November und Dezember 2020 Schutzausrüstung im Wert von 4,1 Mio. € beschafft, darunter • 4,6 Mio. Atemschutzmasken, • 2,5 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,08 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 17,3 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 0,3 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,008 Mio. Hygiene-Schutzsets. Von Jänner bis Dezember 2021 wurde beschafft: • 25,9 Mio. Atemschutzmasken, • 26,8 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,4 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 9,0 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 187 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 1,0 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,4 Mio. Hygiene-Schutzsets.

<table>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Von Jänner bis Dezember 2022 wurde beschafft:
9,2 Mio. Atemschutzmasken,
39.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben),
59 Mio. Untersuchungshandschuhe,
130.000 Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände).
Von Jänner bis Juni 2023 wurde beschafft:
3 Mio. Atemschutzmasken,
1.500 Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls,
19.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben),
28,3 Mio. Untersuchungshandschuhe,
31.930 Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände).</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):<table><tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr><tr><td>ÖGK</td><td>61.885.373,01</td><td>43.000,00</td><td>61.928.373,01</td></tr><tr><td>Summe</td><td>61.885.373,01</td><td>43.000,00</td><td>61.928.373,01</td></tr></table></td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Ersatz Honorarausfall im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß § 746 Abs. 6 ASVG und Parallelgesetzen erhielten Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten, die im ersten, zweiten und vierten Quartal 2020 Leistungen erbracht und die vertraglich vereinbarten Ordinationstage weitgehend eingehalten haben, eine allfällige Differenz zwischen den im jeweiligen Quartal 2020 tatsächlich gebührenden Honoraren und 80 % der Honorare des Vergleichszeitraumes des Vorjahres abzüglich allenfalls COVID-19-bedingten Zuschüsse, Entschädigungen und Beihilfen ausgezahlt. Falls im Vorjahr (2019) noch kein Vertragsverhältnis bestand (§ 746 Abs.7 ASVG), bemaß sich die Höhe der Ausgleichszahlung am Durchschnittshonorar des entsprechenden Fachgebietes im gleichen Bundesland im jeweiligen Vergleichszeitraum des Jahres 2019. Der ausgezahlte Differenzbetrag ist der Österreichischen Gesundheitskasse vom Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.

Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.

Gesetzliche Grundlage:
§ 746 Abs. 6,7 ASVG</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Für das erste Quartal 2021 wurde an 391 Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten Honorarersatz geleistet, für das zweite Quartal an 1.039 und für das vierte Quartal an 308.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>15.907.598,19</td><td>0,00</td><td>15.907.598,19</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>15.907.598,19</td><td>0,00</td><td>15.907.598,19</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Information Risikogruppe (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Der Dachverband hatte die krankenversicherten Personen und deren anspruchsberechtigte Angehörige, welche am 1. März 2021 der COVID-19-Risikogruppe nach der COVID-19-Risikogruppe-Verordnung, BGBl. II Nr. 203/2020, zugeordnet waren, und bis 1. April 2021 noch keine Impfung gegen SARS-CoV-2 erhielten, über ihr erhöhtes Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken, und die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme der kostenlosen Impfung gegen SARS-CoV-2 zu informieren. Der Bund hat dem Dachverband die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.

Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.

Gesetzliche Grundlage: § 750 ASVG</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Im Zeitraum von 7. bis 14. April 2021 wurden 164.596 Informationsschreiben versandt.

Im Zeitraum von 6. bis 10. Dezember 2021 wurden 954.460 Informationsschreiben versandt.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>Dachverband SV</td><td>1.290.786,55</td><td>0,00</td><td>1.290.786,55</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>1.290.786,55</td><td>0,00</td><td>1.290.786,55</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>§ 736 Abs. 3 u. 4 ASVG, § 378 Abs. 1 und 2 GSVG, § 372 Abs. 1 BSVG sowie § 259 Abs. 1 und 2 B-KUVG ermöglichten den Weiterbezug von Leistungen der Kranken- und Pensionsversicherung, wenn Anträge auf Leistungen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit mangels Begutachtung auf Grund bestehender Einschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie seitens der Pensionsversicherungsträger bzw. ein entsprechendes Verfahren vor den Arbeits- und Sozialgerichten nicht entschieden werden konnten. Die daraus entstehenden Aufwendungen der Träger werden (mit Ausnahme von § 372 Abs. 1 BSVG) aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.

Durch § 736 Abs. 5 u. 6 ASVG, § 378 Abs. 3 u. 4 GSVG, § 372 Abs. 2 u. 3 BSVG sowie § 259 Abs. 3 und 4 B-KUVG kam es zu einer Verlängerung der sechswöchigen Schutzfrist in der Krankenversicherung nach § 122 ASVG bzw. nach den Parallelbestimmungen in den Sondergesetzen, sodass es aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht zu einem Verlust des Anspruches auf Leistungen der Kranken- und Zahnbehandlung kam. Die den Krankenversicherungsträgern dadurch entstehenden Mehraufwendungen werden aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.

Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.

Gesetzliche Grundlage:
§ 736 ASVG, § 378 GSVG, § 372 BSVG, § 259 B-KUVG, BGBl. I Nr. 31/2019 (9. COVID-19-Gesetz)</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>2020: Weitergewährung Krankengeld durch die ÖGK in 8 Fällen, Weitergewährung Krankengeld durch die SVS in 15 Fällen.
2021: Leistungsverlängerung im Bereich der ÖGK in 15 Fällen.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 bis folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):
<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>16.460,42</td><td>0,00</td><td>16.460,42</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>0,00</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>42.133,95</td><td>0,00</td><td>42.133,95</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>58.594,37</td><td>0,00</td><td>58.594,37</td></tr>
</table></td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß § 764 (1) und (2) ASVG, § 396 (1) GSVG, § 390 (1) BSVG und § 275 (1) B-KUVG hatten die Krankenversicherungsträger für die Übermittlung einer Bestätigung über das Vorliegen des Ausnahmegrundes „Schwangerschaft“ von der COVID-19-Impfpflicht (§ 3 Abs. 1 Z 1 in Verbindung mit Abs. 4 des COVID-19-Impfpflichtgesetzes [COVID-19-IG], BGBl. I Nr. 4/2022) den Fachärztinnen und Fachärzten für Frauenheilkunde und Geburtshilfe ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Die daraus entstehenden Aufwendungen der Träger werden aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.

Die Maßnahme ist mit 19.07.2022 außer Kraft getreten.

Gesetzliche Grundlage:
§§ 764 (1) und (2) ASVG, 396 (1) GSVG, 390 (1) BSVG und 275 (1) B-KUVG (BGBl. I Nr. 30/2022)</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Von Fachärzt:innen erteilte und vom BMSGPK erstattete Ausnahmebestätigungen von der Impfpflicht für Schwangere:

<table>
<tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>335</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>9</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>1.Qu.2022 – 3.Qu.2022</td><td>21</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">365</td></tr>
</table></td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>4.020,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>252,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>168,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td colspan="2">4.440,00</td></tr>
</table></td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>COVID-19 Arzneimittel, Beratung im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG hatte der Krankenversicherungsträger den im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten, Vertragsgruppenpraxen sowie Primärversorgungseinheiten für jede Beratung einer in der Krankenversicherung anspruchsberechtigten Person im Zusammenhang mit einem Heilmittel zur Behandlung von COVID-19 ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf Euro zu bezahlen. Der Bund hat der Versicherungsanstalt die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.

Die Maßnahme ist mit 30.06.2023 außer Kraft getreten.

Gesetzliche Grundlage: §§ 742c (2) ASVG, 380c (2) GSVG, 374c (2) BSVG und 261c (2) B-KUVG</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Von Vertragspartnern durchgeführte und vom BMASGPK erstattete Beratungsgespräche:

<table>
<tr><td>Träger</td><td>Zeitraum</td><td>Fallzahl</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>09/2022 – 06/2024</td><td>436.497</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>09/2022 - 05/2024</td><td>51.534</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>09/2022 - 06/2023</td><td>27.773</td></tr>
<tr><td colspan="2">Gesamt</td><td>515.804</td></tr>
</table>
</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2026 bis zum Monatsende des Berichtzeitraumes getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2026</td></tr>
<tr><td>ÖGK</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>BVAEB</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>SVS</td><td>0,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">0,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
ÖGK	5.264.153,82	0,00	5.264.153,82
BVAEB	621.500,04	0,00	621.500,04
SVS	334.942,38	0,00	334.942,38
Summe	**6.220.596,24**	**0,00**	**6.220.596,24**

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Impfkampagne (DB 24.03.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Bis zum 30.06.2022 wurde die Impfkampagne des Bundes über die UG 10 finanziert und vom Bundeskanzleramt abgewickelt. Aufgrund interner Vereinbarungen wurde die Impfkampagne des Bundes ab 01.07.2022 vom BMSGPK betreut und finanziert.</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Details können dem Punkt 3.3 Impfkampagne entnommen werden.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>8.644.797,20</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">8.644.797,20</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Titel	**Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen (DB 24.03.01.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	**10.000.000,00 €** (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbesteck)
Beschreibung der Maßnahmen	Österreich beteiligt sich am „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ um COVID-19-Impfstoffe von verschiedenen Herstellern zu beschaffen. Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020 MRV 47/27 vom 9. Februar 2021 MRV 58/16 vom 5. Mai 2021 MRV 8/21 vom 2. März 2022 Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr. 69/2023 sowie Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genehmigt wird
Materielle Auswirkungen	Basierend auf den oben genannten Beschlüssen des Ministerrats ist die Republik Österreich im Rahmen der gemeinsamen Impfstoffbeschaffung aller EU-Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichen Herstellern Abnahmeverpflichtungen eingegangen. Das COVID-19-Impfstoffportfolio besteht in der kommenden Impfsaison aus Impfstoffen von zwei verschiedenen Herstellern (Pfizer und Hipra). Bis Ende November müssen rd. 270.000 Dosen der gegen die Variante XFG gerichteten mRNA-Impfstoffe der Fa. Pfizer bezogen werden. Nach der Lieferung dieser Restmenge sind alle vertraglichen Abnahmeverpflichtungen erfüllt. Zusätzlich werden in zwei Lieferungen zu je 10.000 Dosen auch Proteinimpfstoffe der Fa. Hipra angekauft. Im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme wurden bis Ende Juni 2026 insgesamt 9.755.142 Dosen Impfstoffe gespendet. Details können dem Punkt 3.2 Impfen entnommen werden.

<table>
<tr>
<td>Finanzielle Auswirkungen</td>
<td>
Folgende Zahlungen wurden im Jahr 2026 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt (Beträge in €):
<table>
<tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>58.857,08</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">58.857,08</td></tr>
</table>
Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):
<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>1.046.390.403,14</td><td>58.857,08</td><td>1.046.449.260,22</td></tr>
</table>
</td>
</tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Zahlung an den ESI-Fonds für COVID-19 Impfstoffe (DB 24.03.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>COVID-19-Impfstoffe werden im Rahmen des „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ beschafft. Bei dieser Zahlung handelt es sich um eine Zuzahlung seitens der Mitgliedsländer an den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) über welchen die gemeinsamen COVID-19-Impfstoffbeschaffungen gestartet wurden. Im Jahr 2020 wurde der ESI-Fonds um 750 Mio. € aufgestockt, wobei Österreichs Anteil bei 2,9 Prozent oder 21.757.912,00 € liegt.

Grundlage:
MRV 27/44 vom 29. Juli 2020
MRV 30/17 vom 15. September 2020</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Österreich leistete seinen Beitrag zur Aufstockung des ESI Fonds gemäß den Vorgaben der Europäischen Kommission. Die Aufstockung wurde nötig um einen siebenten (ursprünglich sechs) Impfstoffhersteller in das Impfstoffportfolio des Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement aufzunehmen und die entsprechenden Anzahlungen seitens der EU zu tätigen.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>21.757.912,00</td><td>0,00</td><td>21.757.912,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Impfstofflogistik (DB 24.03.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbesteck)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Übernahme, Lagerung und Verteilung von COVID-19 Impfstoffen. Die Beauftragung erfolgte an den österreichischen Pharmagroßhandel.

Gesetzliche Grundlage:
Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, zuletzt geändert mit BGBl. I Nr.69/2023</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Eine erste Beauftragung über die Impfstofflogistik von 6,1 Mio. Dosen wurde erteilt. Eine Folgebeauftragung im Wege der BBG wurde im Dezember 2021 durchgeführt. Ab dem 01.01.2023 stand eine weitere Folgebeauftragung mit einem Höchstvolumen von bis zu 70 Mio. Dosen zur Verfügung.
Mit dem Auslaufen dieser Rahmenvereinbarung im Sommer 2025 erfolgte keine neuerliche Ausschreibung einer eigenständigen Logistik für COVID-Impfungen. Stattdessen konnte beginnend ab 01.09.2025 für die folgenden 4 Jahre eine neue Rahmenvereinbarung geschlossen werden, über welche die Abwicklung der notwendigen Logistik-Dienstleistungen aus einer Hand für unterschiedliche, kostenlos zur Verfügung gestellte Impfungen möglich ist. Es besteht dabei keine Verpflichtung zum tatsächlichen Abruf.

Für die ordnungs- und gesetzmäßige Entsorgung wurde bisher der jeweilige Logistikpartner autorisiert, über Entsorgungsfirmen (Subunternehmer) die sachgerechte Entsorgung durchführen zu lassen. Das BMASGPK erhält in weiterer Folge Bestätigungen über diese Vorgänge.
In der systematischen Erfassung der Logistikkosten wurde anhand der Form der Rechnungslegung bisher zwischen Kosten für erfolgte Auslieferungen und Kosten für entsorgte Impfstoffe unterschieden.

Unter der neuen Rahmenvereinbarung wurden bis zum Stichtag des Berichts noch keine Entsorgungen abgerechnet.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Folgende Zahlungen wurden 2026 bis Jahresende getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>Vormonate</td><td>Juni 2026</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>17.280,00</td><td>0,00</td></tr>
<tr><td>Gesamt</td><td colspan="2">17.280,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
Summe	**40.645.090,95**	**17.280,00**	**40.662.370,95**

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Impfzubehör (DB 24.03.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>10.000.000,00 €
(gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbesteck)</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Um die beschafften COVID-19-Impfstoffe verimpfen zu können, werden Spritzen und Nadeln beschafft. Zur Rekonstituierung von Impfstoffen wird Kochsalzlösung (NaCl) beschafft.

Gesetzliche Grundlage:
Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.69/2023</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Bis zum Jahresende des Berichtzeitraumes wurden im Jahr 2026 Zahlungen für folgendes Impfzubehör geleistet:
<table>
<tr><td>1ml Spritzen</td><td>0,00 Stk.</td></tr>
<tr><td>3ml Spritzen</td><td>0,00 Stk.</td></tr>
<tr><td>NaCl 5ml Ampullen</td><td>1.200,00 Stk.</td></tr>
<tr><td>NaCl 10ml Ampullen</td><td>0,00 Stk.</td></tr>
<tr><td>Kanülen</td><td>0,00 Stk.</td></tr>
</table>
Insgesamt seit Pandemiebeginn wurden Zahlungen für folgendes Impfzubehör geleistet:
<table>
<tr><td>1ml Spritzen</td><td>48.551.800 Stk.</td></tr>
<tr><td>2ml und 3ml Spritzen</td><td>3.642.000 Stk.</td></tr>
<tr><td>NaCl Ampullen (10 und 5 ml)</td><td>3.190.800 Stk.</td></tr>
<tr><td>Kanülen</td><td>55.042.500 Stk.</td></tr>
</table></td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):
<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>11.857.269,42</td><td>302,40</td><td>11.857.571,82</td></tr>
</table></td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Informationsschreiben 3. und 4. Impfung (DB 24.03.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß Impfplan Österreich wurde allen Personen ab dem vollendeten 5. Lebensjahr eine 3. Impfung empfohlen. Laut den damaligen Empfehlungen konnte die 4. Impfung bei Personen ab dem vollendeten 12. Lebensjahr durchgeführt werden und wurde jeder Person empfohlen, die sich schützen wollte. Für Personen ab einem Alter von 60 Jahren, Personen mit dem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf und Personen mit einem erhöhten Expositions- und damit Infektionsrisiko wurde die 4. Impfung besonders empfohlen. Um die Bereitschaft für die dritte und vierte Impfung zu erhöhen, wurde ein personalisiertes Erinnerungsschreiben auf dem Postweg versandt. Für die 3. Impfung solten alle Personen angeschrieben werden die älter als 18 Jahre alt waren und deren 2. Impfung mindestens 180 Tage zurücklag. Für die 4. Impfung sollten alle Personen angeschrieben werden die älter als 60 Jahre alt waren, und deren 3. Impfung mindestens 180 Tage zurücklag. Es ergingen keine Schreiben an Personen, die für die aktuell gem. NIG-Anwendungsempfehlung vorgesehene Impfung schon ein Erinnerungsschreiben erhalten hatten.</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Für den Versand der Erinnerungsschreiben wurde die Post AG beauftragt. Hierfür wurden knapp 5,403 Mio. Versendungen vorgenommen. Das Projekt ist mit 30.06.2023 ausgelaufen. Abschließende Rechnungen darüber wurden erst nach dem Auslaufen des Projekts gelegt.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>4.549.652,62</td><td>0,00</td><td>4.549.652,62</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Titel	**Beschaffung Influenzaimpfstoffe (DB 24.03.01.00)**
Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine Veranschlagung im BFG 2026
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß Ministerratsbeschluss 10/25 wurde die Influenza Impfung für Kinder vom vollendeten 6. Lebensmonat bis zum vollendeten 15. Lebensjahr in das kostenfreie Kinderimpfprogramm aufgenommen. Gemäß MRV 36/26 wurde seitens des BMSGPK zudem eine bestimmte Menge eines Hochdosisimpfstoffs, der speziell für Personen >65 Jahren zugelassen ist, beschafft. Dieser Impfstoff wurde in den Influenza-Saisonen 2020/21 bis 2022/23 im Rahmen einer Impfaktion in erster Linie in Alten- und Pflegeheimen und bei einzelnen Impfaktionen zum Einsatz gebracht. Grundlage: Influenzaimpfung Kinderimpfkonzept: MRV 25/10 vom 25. Juni 2020; Influenzaimpfung Personen 65+: MRV 26/36 vom 7. Juli 2020
Materielle Auswirkungen	Für die **Saison 2020/21** wurden über die Bundesbeschaffung GmbH BBG 300.000 Dosen Fluenz tetra (nasaler Lebendimpfstoff für Kinder vom vollendeten 24. Lebensmonat bis vollendeten 15. Lebensjahr) sowie 50.000 Dosen Vaxigrip tetra („Stichimpfung“ für Kinder vom vollendeten 6. bis vollendeten 24. Lebensmonat) verbindlich beschafft. Für die Impfaktion in Alten- und Pflegeheimen standen 100.000 Dosen Fluzone zur Verfügung. Für die **Saison 2021/22** war über die BBG die Beschaffung der Menge an nasalem Lebendimpfstoff zur Influenza-Impfung von 20 % aller Kinder ab 6 Monate bis 14 Jahre verbindlich erfolgt (239.000 Dosen). Für Kinder von 6-24 Monaten wurde außerdem verbindlich die Beschaffung von 50.000 Dosen einer inaktivierten Vakzine zugelassen ab 6 Monaten beauftragt. Für Personen der Altersgruppe 65+ wurden 100.000 Dosen Influenza-Impfstoff Eflueda bestellt. In der **Saison 2022/23** wurden für Personen der Altersgruppe 65+ 87.600 Dosen Fluad tetra für die Impfaktion in Alten- und Pflegeheimen beschafft. Für Kinder vom vollendeten 24. Lebensmonat bis zum vollendeten 15. Lebensjahr standen 239.000 Dosen Fluenz Tetra sowie 60.000 Dosen Fluarix Tetra für Kinder vom vollendeten 6. Lebensmonat bis zum vollendeten 24. Lebensmonat zur Verfügung.
Finanzielle Auswirkungen	Es wurden insgesamt 11.398.995,66 € für die Beschaffung von Influenza-impfstoffe zur Verfügung gestellt. Wovon 3.300.000,00 € auf die Impfstoffe für Personen 65 +, 4.588.781,40 € auf die Influenza Impfstoffe im kostenfeien Kinderimpfkonzept Saison 2020/21 und 3.510.214,26 € auf jene der Saison 2021/22 entfallen.

Ab dem Jahr 2021 werden in diesem Zusammenhang keine Zahlungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds geleistet. Die Beschaffung der erforderlichen Influenzaimpfstoffe wurde im Rahmen des regulären Budgets des BMASGPK bedeckt.

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

	2020 bis 2025	Jänner bis Juni 2026	gesamt
Summe	**11.398.995,66**	**0,00**	**11.398.995,66**

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Beschaffung von COVID-19-Arzneimitteln (DB 24.03.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Um den höchstmöglichen Schutz erkrankter Personen zur Verhinderung von schweren Krankheitsverläufen zu gewährleisten, war die Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 als Prophylaxe oder Therapie erforderlich, um dem österreichischen Gesundheitssystem ausreichend COVID-19-Medikation zur Verfügung zu stellen.

Gesetzliche Grundlage:
Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.69/2023.</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Die Beschaffung von folgenden Medikamenten ist abgeschlossen:

• Dosen Paxlovid (Pfizer)
• Dosen Lagevrio (MSD)
• Dosen Xevudy (GSK)
• Dosen Regkirona (Celltrion)
• Dosen Evusheld (Astra Zeneca)
• Dosen Ronapreve (Roche)

Es wurden dazu mehrere bilaterale Verträge zwischen Unternehmen und dem BMSGPK zum Kauf von mehreren hunderttausend Therapiezyklen abgeschlossen. Die konkrete Beschaffung belief sich auf insgesamt 425.250 Therapiezyklen.

Aufgrund der Entwicklung der Infektionslage im Herbst 2023 und dem somit zu erwartenden Bedarf an COVID-19 Arzneimitteln im Dezember 2023 und Jänner 2024 hatte des BMSGPK zur Versorgung der Bevölkerung mit Pfizer einen Rahmenvertrag zur Beschaffung von bis zu 18.300 Packungen Paxlovid (Paxlovid 150 mg + 100 mg Filmtabletten, PF-07321332 + Ritonavir) abgeschlossen. Von diesem Rahmenvertrag, der per 31.01.2024 endete, wurden insgesamt 17.758 Packungen abgerufen.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>341.922.334,82</td><td>0,00</td><td>341.922.334,82</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Beschaffung des Arzneimittels Remdesivir (DB 24.03.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Gemäß MRV 33/17 wurde vereinbart, dass das zum damaligen Zeitpunkt einzige in der EU zugelassene Arzneimittel zur Behandlung von COVID-19, Veklury (Wirkstoff Remdesivir) im Rahmen des Joint EU Procurement Remdesivir, beschafft wird.

Grundlage:
MRV 30/16 vom 15. September 2020
MRV 33/17 vom 7. Oktober 2020</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Mit dem Hersteller Gilead Sciences GesmbH wurde eine Liefermenge von 39.000 Behandlungseinheiten vereinbart, wovon im Jahr 2020 38.970 Behandlungseinheiten geliefert und bezahlt wurden.

Die vom Bund angekauften Behandlungseinheiten wurden den Ländern im Wege der COVID-Apotheken zur Verfügung gestellt.
Die Rechtsgrundlage für die kostenfreie Abgabe durch das BMSGPK findet sich im Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr.69/2023.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>14.789.115,00</td><td>0,00</td><td>14.789.115,00</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Beschaffung und Versand FFP2 Masken (DB 24.03.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>• Gemäß Ministerratsvortrag 39/12 vom 24.11.2020 beschloss die Bundesregierung Personen der Altersgruppe 65+, kostenlos FFP2 Masken per Post zu senden.
• Ab dem 17.12.2020 wurde das Tragen von FFP2 Masken in Alten- und Pflegeheimen seitens des Bundes angeordnet. Den Ländern wurden daraufhin zur Verteilung an die Alten- und Pflegeheime FFP2 Masken zur Verfügung gestellt.
• Weiters wurden FFP2 Masken zur entgeltfreien Verteilung in Sozialmärkten an Bedürftige beschafft.
• Außerdem wurden in einem Sonderkontingent FFP2 Masken zur Verteilung an Sozialeinrichtungen und Teststraßen durch die Bundesländer beschafft.

Grundlage: Ministerratsvortrag 39/12 vom 24. November 2020
Gesetzliche Grundlage:
Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Gemäß Ministerratsbeschluss wurden 10 Stück FFP2 Masken pro Person in der Altersklasse 65+ beschafft und die Versendung durch die österreichische Post AG beauftragt.

Für Alten und Pflegeheime wurden 10 Mio. Stück FFP2 Masken beschafft und den Ländern zur Verteilung an die Alten und Pflegeheime zur Verfügung gestellt.

Für 66 Sozialmärkte wurden 132.000 Stück, pro Markt 2.000 Stück FFP2 Masken bestellt und direkt an die Sozialmärkte geliefert.

Für das Sonderkontingent zur Verteilung durch die Bundesländer wurden 15 Mio. Stück FFP2 Masken bestellt.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Die Bedeckung wurde im Rahmen der Novelle des Bundesfinanzgesetzes 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021) sichergestellt.

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>23.097.657,90</td><td>0,00</td><td>23.097.657,90</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

<table>
<tr><td>Titel</td><td>Förderung der Stopp-Corona-App (DB 24.03.01.00)</td></tr>
<tr><td>Im BFG 2026 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds</td><td>Keine Veranschlagung im BFG 2026</td></tr>
<tr><td>Beschreibung der Maßnahmen</td><td>Mit der Stopp Corona App stellte das Österreichische Rote Kreuz die offizielle österreichische Contact Tracing App zur Eindämmung von Neuinfektionen mit COVID-19 in den Sprachen Deutsch und Englisch zur Verfügung. Sie war über die App-Stores von Google und Apple kostenlos via Download erhältlich.

Die Stopp Corona App konnte einen wesentlichen Beitrag zur raschen Unterbrechung von Infektionsketten leisten und zielte zur Verwirklichung dieser Aufgabe konkret auf die automations-unterstützte Erfassung von sogenannten Infektionsgefährdenden- bzw. Intensivkontakten ab. Die App diente der Verhinderung der weiteren Verbreitung des COVID-19 Virus in der Bevölkerung und der Unterstützung des klassischen Kontaktpersonenmanagements. Begeg-nungen wurden mittels digitalen Handshakes aufgezeichnet. Meldete sich eine der Person mit einer bestätigten COVID-19 Infektion bzw. aufgrund der Ergebnisse eines klinischen Fragebogens in der App als krank, wurden alle in den letzten beiden Tagen als kontaktiert gespeicherten Personen über diesen Umstand informiert und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Durch die nachfolgende Selbstisolation konnten Infektionsketten unterbrochen werden und eine wesentliche Unterstützung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheit durch Eindämmung der COVID-19 Pandemie geleistet werden. Durch die Verwendung der App konnten die Nutzer:innen zudem fundiert über COVID-19 informiert und bei Bedarf entsprechende Handlungsempfehlungen erteilt werden.

Grundlage:
MRV 27/43 vom 29. Juli 2020</td></tr>
<tr><td>Materielle Auswirkungen</td><td>Mit der Förderung wurde der weitere Betrieb der Stopp Corona App bis zum Ende des Jahres 2021 sichergestellt. Der Förderzeitraum wurde bei gleichen Bedingungen bis 28. Februar 2022 verlängert.</td></tr>
<tr><td>Finanzielle Auswirkungen</td><td>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt (Beträge in €):

<table>
<tr><td></td><td>2020 bis 2025</td><td>Jänner bis Juni 2026</td><td>gesamt</td></tr>
<tr><td>Summe</td><td>1.996.590,48</td><td>0,00</td><td>1.996.590,48</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Stubenring 1, 1010 Wien
Telefon: +43 1 711 00 – 0
Fax: +43 1 7158258
E-Mail: post@sozialministerium.gv.at
www.sozialministerium.gv.at

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-09-29T08:59:48+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	